Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kressin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G.m.b.H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407 — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 49. Halle, Mittwoch den 27. Februar 1918. 2. Jahrgang.

Das von Rußland angenommene deutsche Ultimatum.

Unterstaatssekretär von dem Bussche-Haddenhausen gab in der Dienstags-Sitzung des Reichstages folgende Erklärung ab:

Von verschiedenen Seiten ist der Wunsch geäußert worden, das Ultimatum kennen zu lernen, das von den russischen Delegierten angenommen worden ist. Ich erlaube mir, dieses Ultimatum bekanntzugeben. Es lautet:

Deutschland ist bereit, unter folgenden Bedingungen mit Rußland die Verhandlungen wieder aufzunehmen und Frieden zu schließen:

1. Das Deutsche Reich und Rußland erklären die Beendigung des Kriegszustandes. Beide Nationen sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft zusammen zu leben.

2. Die Gebiete, die westlich der den russischen Vertretern in Brest-Litowsk mitgeteilten Linie liegen und zum Russischen Reich gehört haben, werden der territorialen Hoheit Rußlands nicht mehr unterstehen. Die Linie ist in Gegend Dünaburgs bis zur Ostgrenze Kurlands zu verlegen. Aus der ehemaligen Zugehörigkeit dieser Gebiete zum Russischen Reiche werden ihnen keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland erwachsen. Rußland verzichtet auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse der Gebiete. Deutschland und Oesterreich-Ungarn beabsichtigen, das künftige Schicksal der Gebiete im Einverständnis mit deren Bevölkerung zu bestimmen. Deutschland ist bereit, sobald der allgemeine Friede geschlossen und die russische Demobilisation vollkommen durchgeführt ist, das östlich der obengenannten Linie gelegene Gebiet zu räumen, soweit sich nicht aus Art. 3 etwas anderes ergibt.

3. Livland und Estland werden von den russischen Truppen und der Roten Garde unverzüglich geräumt und von deutscher Polizeimacht besetzt, bis die Landeseinrichtungen die Sicherheit gewährleisten und die staatliche Ordnung wiederhergestellt ist. Alle aus politischen Gründen verhafteten Landesbewohner sind sofort freizulassen.

4. Rußland schließt sofort Frieden mit der ukrainischen Volksrepublik. Die Ukraine und Finnland werden ohne jeden Verzug von den russischen Truppen und der Roten Garde geräumt.

5. Rußland wird alles in seinen Kräften stehende tun, um alsbald die ordnungsmäßige Rückgabe der ostanatolischen Provinzen an die Türkei sicherzustellen, und erkennt die Abschaffung der türkischen Kapitulationen an.

6a. Die völlige Demobilisierung des russischen Heeres ist einschließlich der von der jetzigen Regierung neugebildeten Heeresteile unverzüglich durchzuführen.

6b. Die russischen Kriegsschiffe im Schwarzen Meere, in der Ostsee und im Eismeer sind entweder in russische Häfen zu überführen und dort bis zum allgemeinen Friedensschluß zu belassen, oder sofort zu desarmieren. Kriegsschiffe der Entente im russischen Machtbereich sind wie russische Kriegsschiffe zu behandeln.

6c. Die Handelsschiffahrt im Schwarzen Meer und in der Ostsee wird wieder aufgenommen, wie es im Waffenstillstandsvertrage vorgesehen war. Das Minenräumen dafür hat sofort zu beginnen. Das Sperrgebiet im Eismeer bleibt bis zum allgemeinen Friedensschluß bestehen.

7. Der deutsch-russische Handelsvertrag von 1904 tritt, wie in Artikel 7, 2a des Friedens mit der Ukraine wieder in Kraft, unter Wegfall der in Artikel 2 Ziffer 3 Absatz 3 des Handelsvertrages vorgesehenen besonderen Vergünstigungen für asiatische Länder. Ferner wird der ganze erste Teil des Schlußprotokolls wiederhergestellt.

Dazu kommen: Sicherung der Ausfuhrfreiheit und Ausfuhrzollfreiheit für Erze, alsbaldige Verhandlung über Abschluß eines neuen Handelsvertrages, Sicherung der Meistbegünstigung bis mindestens Ende 1925, auch für den Fall der Kündigung des Provisoriums, endlich Bestimmungen entsprechend Artikel 7 Ziffer 3, Ziffer 4a, Absatz 1 und Ziffer 5 des Friedens mit der Ukraine.

8. Die rechtspolitischen Angelegenheiten werden geregelt auf Grundlage der Beschlüsse erster Lesung der deutsch-russischen Rechtskommission, soweit Beschlüsse noch nicht gefaßt sind, also insbesondere Ersatz von Zivilschäden auf Grundlage der deutschen Vorschläge, Ersatz von Aufwendungen für Kriegsgefangene auf Grund des russischen Vorschlages. Rußland wird deutsche Kommissionen zum Schutze deutscher kriegsgefangener Zivilpersonen und Rückwanderer zulassen und nach Kräften unterstützen.

9. Rußland verpflichtet sich, jegliche amtliche oder amtlich unterstützte Agitation oder Propaganda gegen die vier verbündeten Regierungen und ihre Staats- und Heereseinrichtungen auch in den von den Zentralmächten besetzten Gebieten einzustellen.

10. Vorstehende Bedingungen sind in 48 Stunden anzunehmen. Russische Bevollmächtigte haben sich unverzüglich nach Brest-Litowsk zu begeben und dort binnen drei Tagen den Frieden zu unterzeichnen, der innerhalb der nächsten zwei Wochen ratifiziert werden muß. (Lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien, Zischen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die russische Delegation, zu der auch Herr Trotzki und Herr Joffe gehören sollen, ist bereits von Petersburg abgereist. Sie hatten aber einen unfreiwilligen Aufenthalt nördlich von Pskow (Pleskau) dadurch erlitten, daß dort eine Brücke gesprengt worden war. Sie werden aber im Laufe dieser Nacht in Brest eintreffen. In Brest ist die deutsche und österreichische Delegation bereits versammelt. Die Türken und Bulgaren werden im Laufe des heutigen Tages dort erwartet.

Ein Hilferuf an die Internationale.

In der Pariser Humanite vom 17. Februar ist nachstehendes Schreiben des russischen Sozialisten Axelrod an den Sekretär der Internationale, Huysman, erschienen:

In dieser schrecklichen und gefahrvollen Stunde wenden wir uns an die Sektionen der Internationale. Wie in den schlimmsten Zeiten des Zarismus sind wir der Möglichkeit beraubt, mit den sozialistischen Parteien Westeuropas in Verbindung zu treten. Die Grenze ist geschlossen. Die Arbeiter aller Länder sind über die Vorgänge in Rußland entweder gar nicht oder nur auf tendenziöse und falsche Weise informiert. Im Interesse der russischen und internationalen Arbeiterbewegung ist es nötig, in die Mauer des Schweigens, die durch die Bolschewiki aufgerichtet wurde, Bresche zu legen. Es muß Licht verbreitet werden über den unerhörten Terror, der in Rußland im Namen des Sozialismus wütet und dessen reine Fahne befleckt.

Ohne Wissen der übrigen sozialistischen Parteien und demokratischen Organisationen hat sich eine militärische Verschwörung am 25. Oktober (7. November) der Staatsgewalt bemächtigt. Die Arbeitermassen haben keinen direkten Anteil an der Revolte genommen, aber sie sympathisieren mit ihr in passender Weise, weil sie den demagogischen Versprechungen über Frieden und die soziale Revolution Glauben schenkten. Der provisorische Rat der Republik, der zu drei Vierteln aus Sozialisten und Demokraten bestand, wurde mit Hilfe von Bajonetten verjagt. Die provisorische Regierung, die zur Hälfte aus Sozialisten bestand, wurde in die Peter-Pauls-Festung geworfen. Der Winterpalast, der Sitz der Regierung, wurde der Plünderung preisgegeben, und mehrere seiner Verteidiger wurden gelyncht. Die gewaltsame Machtergreifung der Bolschewiki fand statt am Vorabend der Eröffnung des zweiten Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte. Sämtliche sozialistischen Fraktionen haben eine nach der anderen gegen die Verschwörung Einspruch erhoben und haben dann den Kongreß verlassen. Der Versuch Kerenskis, militärischen Widerstand zu organisieren, schlug fehl. In Moskau verloren 700 Personen ihr Leben in diesen Kämpfen. Der Kreml wurde von der Artillerie bombardiert.

Die Bolschewiki, die drei Wochen vor den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung sich der Staatsgewalt bemächtigten, schufen einen Rat der Beauftragten des Volkes. Diese sind formell verantwortlich vor einem ausführenden Zentralausschuß, der durch den zweiten Kongreß der Sowjets gewählt wurde, nachdem die übrigen Parteien auseinandergegangen waren. In Wirklichkeit ist der Rat der Volksbeauftragten nichts anderes als eine Deckung, hinter der die Diktatur Lenin-Trotzki sich versteckt und die sich auf die Bajonette der Soldaten stützt und von zweifelhaften Gestalten, Abenteurern oder gar Verbrechern umgeben ist.

Diese Diktatur hält sich nur durch rücksichtslosen Terror. Der Rat der Volksbeauftragten war noch nicht imstande, die Reichsverwaltung seinem Willen zu unterwerfen. Die Beamten und Angestellten des Staates lehnen es ab, unter Leitung von Usurpatoren zu arbeiten. Ganze Distrikte lehnen es ab, die neue Macht anzuerkennen, und sie versuchen, Bezirksverwaltungen zu organisieren. Die demokratischen Organe der Städte und Semstwos, die durch das allgemeine, gleiche, unmittelbare, geheime und proportionale Wahlrecht gewählt wurden, wollen die neue Regierung nicht anerkennen und wollen mit ihr nichts zu tun haben. Von allen sozialistischen Parteien ist es nur die aus ihrer Partei ausgeschlossene sozialrevolutionäre Linke, die mit den Bolschewiki zusammengeht und sich an der „Regierung" beteiligt. Alle übrigen demokratischen Organisationen gruppieren sich um den Ruf zur Rettung des Vaterlandes und der Revolution und um die demokratischen Organisationen der Städte und der Semstwos.

Verlassen von der Demokratie, verschärften die Bolschewiki ihr terroristisches System. Sie unterdrückten die bürgerliche Presse und sogar die sozialistische Presse, soweit sie ihnen nicht gehört. Lenin veröffentlichte ein Detret für die Presse, wie es sogar der Zarismus nie gewagt haben würde. Die Diktatur der Bolschewiki bahnt nur der Gegenrevolution den Weg. Der rote Terror ist nur der Vorläufer des weißen Terrors. Die Angriffe auf die bürgerlichen Freiheiten, auf die politischen Rechte und überhaupt auf das allgemeine Wahlrecht erleichtern der Gegenrevolution jede Maßnahme gegen die Demokratie und geben ihr die Möglichkeit, später auch den Arbeitern und Bauern die politischen Rechte zu nehmen. Die „sozialistischen" Experimente auf dem Gebiete der Industrie werden zu einem Verbot der Gewerkschaftsbewegung und zur Unterdrückung der Arbeiterschutzgesetzgebung führen. Schließlich: die Abwesenheit einer wirklichen Staatsgewalt führt unentrinnbar zu einem Zerfall des Landes in einzelne und einander feindlich gegenüberstehende Provinzen.

In diesem kritischen Augenblick rechnen wir auf den moralischen Beistand der ganzen Internationale. Das Schicksal der russischen Revolution ist aufs engste mit dem der Internationale verknüpft.

Daß dieses Unglück über Rußland hereingebrochen ist, daran haben die Sozialisten der Westmächte die Hauptschuld. An ihnen lag es, daß die Stockholmer Konferenz nicht zustande kam, auf der sich die Sozialisten aller Länder wieder zusammenfinden und von dem Wust der Kriegslügen befreien konnten. Aus purem Deutschenhaß haben sie sich geweigert, an dieser Zusammenkunft teilzunehmen, oder sie haben nicht die Energie aufgebracht, sich das Recht zur Teilnahme von ihren Regierungen zu erkämpfen. Wie soll nun von diesen Sozialisten der Westmächte dem russischen Volke Hilfe gegen die Bolschewiki kommen, nach deren Ansicht bekanntlich die Sozialisten der Mittelmächte das Bürgerrecht in der Internationale verloren haben?

Die Lebenshaltung der Bevölkerung im Kriege.

Der Krieg hat in die Lebenshaltung der Bevölkerung hart eingegriffen und es ist, wie bekannt, eine der stärksten Hoffnungen unserer Gegner, daß in Deutschland der wirtschaftliche Zusammenbruch durch die Absperrung der Einfuhr von Lebensmitteln eintreten muß. Allerdings hat man angenommen, daß wir längst an diese Grenze des Erträglichen angekommen seien, aber anscheinend sind die Hoffnungen gegenwärtig weniger rege, als zu Beginn des Krieges. Die Bevölkerung hat mehr ertragen und entbehrt als wir vielleicht selbst für möglich hielten und hierbei hat uns nicht nur der Mangel an Nahrungsmitteln dafür belastet, sondern auch die fortgesetzte Preissteigerung, die den ärmeren Volksschichten das Durchkommen im Haushalt bis an die Grenze des Möglichen steigerte.

Wie in diesen Kriegsjahren die Lebenshaltung der Bevölkerung sich gestaltet hat, wird nicht nur gegenwärtig, sondern auch künftig für den Kulturhistoriker von großer Bedeutung sein. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat in einer verdienstvollen Arbeit sich die Aufgabe gestellt, zu ermitteln, wie sich im Haushalt der Familie Einkommen und Verbrauch in dieser Kriegszeit zueinander gestellt haben. Er hat im Jahre 1916 zwei Erhebungen veranstaltet, die über diese Fragen eingehend Auskunft geben und im April 1917 die Umfrage wiederholt. Das Ergebnis dieser Erhebung liegt jetzt in einer Bearbeitung des Kaiserlichen Statistischen Amts in einem Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt vor. Leider können wir aus der sehr eingehenden und wichtigen Bearbeitung nicht alle Einzelheiten wiedergeben, wir müssen uns auf einige wichtige Ergebnisse beschränken. Die Umfrage gibt über 342 Haushaltungen Auskunft. Sie erstreckt sich auf 27 Großstädte, 26 Mittelstädte und 23 Klein- und Landstädte. Nach der Berufsgliederung umfaßt die Ermittlung 9 Familien höherer Beamten, 81 mittlerer Beamten, 31 Unterbeamten, 81 Angestellte, 100 Arbeiter, 11 Kriegerfrauen, 29 Angehörige freier Berufe. Wenn diese Enquete uns nur über einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Personen Auskunft gibt, so kann uns dennoch das gewonnene Material einen guten Einblick in die Lebenshaltung dieser Berufsschichten geben. Die Ermittlung ist so vorgenommen, daß in dem auszufüllenden Fragebogen Einnahmen und Ausgaben für den Monat April 1917 genau vermerkt sind und auch, was den Verbrauch anbetrifft, der Verwendungszweck nach einheitlichem Schema erfaßt wurde. Was zunächst das monatliche Einkommen anbetrifft, so ergibt sich nach Berufsarten gegliedert ein durchschnittliches Einkommen für die Familie der höheren Beamten von 662.24 M., der mittleren Beamten 327.60 M., der Unterbeamten 228,66 M., der Angestellten 283.79 M., Arbeiter 237.36 M., Kriegerfrauen 153.08 Mark, der freien Berufe 450.50 M. Nach Einkommenstufen gegliedert hatten 5 Familien ein Einkommen unter 100 M., 85 Familien 100—200 M., 120 Familien 200—300 M., 87 Familien 300—400 M., 29 Familien 400—500 M. und 16 Familien über 500 M. In 40 Fällen steuerte die Ehefrau zu dem Einkommen der Familie bei, in 77 Fällen waren es erwachsene Kinder, die die Einnahmen der Familien erhöhten. In 34 Fällen war die Frau Haushaltungsvorstand.

Für diese in der Berufsstellung und dem Einkommen sich so verschieden gestalteten Familien ergab sich bei der Aufstellung ihrer Ausgaben nicht selten ein Fehlbetrag, der wohl in den späteren Monaten gedeckt werden mußte, da es sich hier um eine monatliche Ausgabe handelt, oder für den Spargroschen herangezogen werden mußte. Nicht selten ist aber auch eine Verschuldung der Familie zu verzeichnen.

Nimmt man die 6 Einkommenstufen und untersucht, wie sich die Ausgaben verteilen, so ergibt sich auf den Kopf der erfaßten Personen folgende Gegenüberstellung:

Durchschnittliche Ausgabe pro Kopf der Familie im Monat

	Einkommen von Mark							
	unter 100 M.	100 bis 200 M.	200 bis 300 M.	300 bis 400 M.	400 bis 500 M.	über 500 M.	Sämtliche Familien M.	v. H.
Nahrungs- und Genußmittel	30.05	34.40	38.33	37.48	41.69	55.71	38.57	51.03
Miete	5.58	7.23	7.85	8.12	10.20	14.64	8.51	11.26
Kleidung, Wäsche ...	6.31	7.03	8.97	8.94	10.67	18.85	9.45	12.50
Heizung, Beleuchtung ..	5.42	3.69	4.09	3.78	4.36	6.68	4.11	5.44
Sonstiges ...	7.90	8.97	11.79	15.46	20.79	39.93	14.94	19.77

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775191802 27-11/fragment/page=0001

Unter „Sonstiges" sind die Ausgaben für Zeitung, Vereinsbeiträge, Versicherung, Geschenke, Vergnügungen zusammengefaßt.

Die Berechnung pro Kopf hat zur Unterlage, daß zwei Kinder unter 11 Jahre als eine Person gerechnet sind, Säuglinge vollständig ausgeschaltet, die übrigen Personen voll in Ansatz gebracht wurden. Die Verschiebungen nach den höheren Einkommenstufen zu werden nicht überraschen. Die Ausgaben für Nahrungsmittel zeigen eine sehr erhebliche Differenz, wenn wir in der untersten Einkommenstufe berücksichtigen eine Ausgabe von 30,08 M. gegenüber 55,71 M. in der höchsten Stufe. Dabei ist von der Gesamtausgabe in der niedersten Einkommenstufe 54,38 Proz. für Nahrungs- und Genußmittel aufgewendet, während in der höchsten Einkommenstufe der Prozentsatz auf 41,02 sinkt. Berücksichtigt man die Einteilung nach der Größe der Städte, so ergibt sich für Großstädte eine Ausgabe pro Kopf für Nahrungsmittel von 40,22 M., für Mittelstädte 38,89 M. und für Kleinstädte 34,60 M. Während in der Kleinstadt die geringste Ausgabe im Durchschnitt geleistet wird, ist der prozentuale Anteil an den Gesamtausgaben in der Kleinstadt mit 54,98 Proz. für Nahrungsmittel der größte, er sinkt bei den Mittelstädten auf 50,58 Proz. und erreicht bei den Großstädten 50,03 Proz. Die Verschiebung zugunsten der Kleinstadt tritt dann wieder ein bei Miete und Steuern und einigen anderen Ausgaben, wo die Differenz kleiner ist.

Interessant ist, welche Differenzen im Verbrauch der Mengen sich ergeben. Der Verbrauch von Brot ist in der im Einkommen am schlechtesten gestellten Familie pro Kopf 7302 Gramm und steigt bis auf 8745 Gramm in Teigwaren, Graupen, Fett und Margarine, Wurst und Fleischwaren ein. Es kommt hier die Zulage für Schwerarbeiter in die Erscheinung. Dagegen steigert sich der Verbrauch von den noch im Verkehr freien Waren wie Fleischkonserven von 100 auf 777 Gramm, Marmelade 70 auf 842 Gramm, ganz mit dem zunehmenden Einkommen. Ein Beweis, daß die ärmeren Volksschichten ganz oder zum Teil vom Bezug ausgeschlossen werden.

Was den Vergleich dieser Erhebung mit der im Jahre 1916 anbetrifft, so ergeben sich keine erheblichen Differenzen. Die Ausgaben insgesamt waren im April 1917 mit 75,58 M. pro Kopf gegenüber 74,87 M. im April 1916 nur unwesentlich größer. Von den einzelnen Ausgabeposten nehmen im April 1917 einen größeren Betrag in Anspruch es im Vorjahre die für Feuerung (4,11 M. gegen 2,70 M.), Miete (8,51 Mark gegen 7,99 M.), Kleidung und Schuhwerk (7,49 M. gegen 5,70 M.). Bei den andern Gegenständen schwankt die Differenz nach oben oder unten in geringen Beträgen.

Einen starken Rückgang zeigt der Kartoffelverbrauch der im April 1917 auf 10,93 Kilogramm pro Kopf gegen 16,79 Kilogramm im Vorjahr herabgedrückt war. Die Steigerung von Fleisch und Wurst um 400 Gramm pro Kopf gegenüber dem Vorjahre, ist auf die erhöhte Fleischration zurückzuführen, die im April 1917 an Stelle der fehlenden Kartoffeln gewährt wurden.

Das Gesamtergebnis der Ermittlung ist dahin zusammenzufassen, daß zahlenmäßig der Nachweis geführt wird, wie trotz der erheblich gesteigerten Einkommen einiger Erwerbsschichten die Einschränkung im Haushalt nicht nur durch den Zwang der rationierten Lebensmittel, sondern auch in dem Einkommensverhältnis begründet ist. Jede Preissteigerung muß unweigerlich zu einer weiteren Bedrängnis der Minderbemittelten führen.

Im Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses

teilte bei der Beratung des Kultusetats der Kultusminister mit, daß die Zahl der Studierenden an sämtlichen preußischen Hochschulen zur Zeit 37 779 betrage, darunter 4104 weibliche Studierende. Sehr erheblich vermehre sich die Zahl der weiblichen Studierenden, was dem Minister schwere Sorgen mache, zumal namentlich für den höheren und den Elementarschullehrerberuf zur Zeit schon eine ziemliche Ueberfüllung vorhanden sei. Für die Zukunft werde er nicht umhin können, eine Warnung vor dem weiblichen Studium ausgehen zu lassen. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, wonach die Regierung Vorkehrungen treffen soll, daß an den preußischen Hochschulen möglichst schon im Winter 1918/19 wissenschaftliche Vorlesungen über Politik gehalten werden, sowie ein Antrag, wonach behufs zweckmäßiger Ausbildung praktischer Volkswirte in leitenden Stellungen die seither geeigneten Einrichtungen an den Universitäten bewahrt bleiben sollen, insbesondere durch praktisches Ausbau der Seminare für Nationalökonomie, unbeschadet der theoretischen Ausbildung der Studierenden.

Die Ereignisse in Finnland.

Kopenhagen, 24. Februar. Politiken meldet aus Wasa: Allgemeine und aufrichtige Freude rufen hier die Berichte über den tatkräftigen Vormarsch der Deutschen gegen Reval und Petersburg hervor, dessen glückliche Durchführung für den Kampf Finnlands von unberechenbarer Bedeutung sei.

Wasa, 25. Februar. Der Generalquartiermeister Ignatius meldet vom 24. Februar: An den Fronten von Satakunda und Tavastland werden die Kämpfe fast überall fortgesetzt. Bei Synsä-Westleiden und Savolaf wurde der Feind geschlagen und zog sich schnell zurück. Er ließ den Train und Gefallene zurück. An der Front von Karelen wurde das Dorf Swalakti von uns genommen, ein Maschinengewehr fiel in unsere Hände.

Der Krieg zur See.

Berlin, 26. Februar. (Amtlich.) S. M. Hilfskreuzer „Wolf" hat in Durchführung der ihm übertragenen Aufgaben mindestens 35 feindliche oder für den Feind fahrende Handelsschiffe mit einem Gesamtraumgehalt von mindestens 210 000 Brutto-Register-Tonnen vernichtet oder so schwer beschädigt, daß ihre Wiederverwendung für längere Zeit ausgeschlossen ist. Es handelt sich vorwiegend um große, wertvolle englische Dampfer, deren gleichartiger Ersatz in absehbarer Zeit nicht möglich ist. Mehrere dieser Dampfer waren besetzte englische Truppentransporter. Ihr Untergang hat entsprechende Menschenverluste zur Folge gehabt. Ferner sind durch die Kriegsmaßnahmen des Hilfskreuzers der japanische Linienschiffskreuzer „Haruna" von 28 000 Tonnen Wasserverdrängung und ein englischer oder japanischer Kreuzer, dessen Namen nicht festgestellt werden konnte, schwer beschädigt worden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 26. Februar. (Amtlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz vernichteten unsere U-Boote

19 000 Bruttoregistertonnen

feindlichen Handelsschiffsraumes. Die meisten Schiffe wurden an der englischen Ostküste unter erheblicher feindlicher Gegenwirkung vernichtet, unter ihnen der bewaffnete englische Dampfer Athenic (4078 Bruttoregistertonnen). Ein anderer Dampfer von rund 1000 Bruttoregistertonnen wurde als größtes Schiff eines Geleitzuges in geschickt durchgeführtem Angriff abgeschossen. Fast alle Dampfer waren tief beladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Amsterdam, 25. Februar. Wie die Niederländisch-Indische Preßagentur meldet, ist der japanische Kreuzer „Kasugas", der vor längerer Zeit bei Banjkreuts strandete, als endgültig verloren zu betrachten.

Deutscher Reichstag.

134. Sitzung.

Nach der Erledigung einiger kleiner Anfragen wurde die

Erste Lesung des Haushaltplanes

fortgesetzt.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes Graf Roedern gab zunächst eine Begründung des Haushaltplanes für 1918, wobei er ankündigte, daß der Ertrag der sogenannten Kriegsgewinnsteuer mit Zuschlag voraussichtlich 5½ Milliarden Mark überschreiten wird.

Abg. Trimborn (Zentrum) besprach alsdann die Kriegslage und die äußere Politik, wobei er die gestern vom Reichskanzler besprochenen vier Richtlinien billigte. Er fuhr dann fort: Die Rede des Vizekanzlers von Payer zeigte eine erfreuliche Frische. (Heiterkeit.) Wir wünschen ihm recht viel Glück und Erfolg zum Nutzen unseres Vaterlandes. Dem von ihm entwickelten Programm stimmen wir zu; alle Forderungen unserer Fraktion gelangen damit zu unserer Freude zur Verwirklichung. Damit ergibt sich das Unhaltbare der Behauptung, daß wir im Zentrum die neue Mehrheitsbildung durch politische Konzessionen zugunsten der Jesuiten erkauft hätten. Ueber das vereinbarte Programm hinaus hat jeder Teil volle Aktionsfreiheit. Unsere volle Zustimmung finden die Ausführungen des Vizekanzlers über das Parlament und die Regierung. Der Streik war kein wirtschaftlicher, kein Hungerstreik, sondern ein politischer Demonstrationsstreik. Er wurde hervorgerufen von den unabhängigen Sozialdemokraten, die zum Teil von dol chewistischen Ideen geleitet sind, nicht von den Mehrheitssozialisten, nicht von den Gewerkschaften. Er hat die Hoffnung unserer Feinde auf innere Schwierigkeiten bei uns gestärkt und zweifellos kriegsverlängernd gewirkt. Das zeigte die Haltung Trotzkis. Kein Ausdruck ist scharf genug, diesen Streik zu verurteilen. Er war ein Treubruch gegen unsere braven Truppen im Felde. Die unabhängigen Sozialdemokraten wollen den Frieden, aber den ersten Friedensvertrag lehnen sie ab. Da können sie sich nicht wundern, wenn man ihnen vorwirft, sie wollten nicht den Frieden, sondern internationale Revolution. Von den neuen Steuern kann man sich heute noch keine rechte Vorstellung machen. Mit direkten Steuern wird es nicht allein getan sein. Wir brauchen auch indirekte Steuern, und zwar solche, die bei geringen Erhebungskosten möglichst hohe Erträge bringen. Die Regierung konnte große Ersparnisse machen, wenn die Zentralstellen, die nicht unbedingt nach Berlin gehören, anderwärts untergebracht würden. Das würde auch dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches mehr entsprechen. Der Mittelstand bedarf besonderer Fürsorge.

Unterstaatssekretär Freiherr von dem Busche gab hierauf den an anderer Stelle abgedruckten Wortlaut des von Rußland angenommenen Ultimatums bekannt.

Hiernach sprach als erster Redner

Abg. Scheidemann (Soz.):

Ich gedenke zunächst des großen Trauerspieles Rußlands, über dessen fünften Akt wahrscheinlich in diesen Tagen der Vorhang fallen wird. Was jetzt aus Rußland geworden ist, das war nicht der bewußten Sozialdemokraten Absicht. Das sage ich offen. Wir kämpften gegen den Zarismus zur Verteidigung unseres Vaterlandes, wir kämpften gegen die Eroberungspläne der Entente, aber so wenig für die Zerfleischung Rußlands wie für die Unterdrückung von Belgiens Unabhängigkeit oder für Longwy und Briey. Wir betunden vor aller Welt,

daß die Politik, die gegen Rußland getrieben worden ist, nicht unsere Politik ist.

Mit Beifall hat man die Erklärung des Reichskanzlers vernommen, daß er für das Selbstbestimmungsrecht der Völker eintreten will. Daß er nicht schon damals hinzugefügt, das Selbstbestimmungsrecht der russischen Randvölker schließe einen freiwilligen Anschluß an Rußland aus, war wohl ein Akt diplomatischer Vorsicht. Solche Vorsicht ruft aber gleiche Vorsicht auf der anderen Seite hervor. Nachdem die russische Regierung den deutschen Vorschlägen von Brest-Litowsk zugestimmt, scheint die Loslösung der russischen Randvölker von Rußland unvermeidlich. Es ist zweifelhaft, ob damit für die Zukunft des deutschen Volkes etwas Nützliches erreicht wird. Wir bestreiten das Gegenteil. Für unsere Pflicht halten wir es, hier auszusprechen, daß man diese Länder nicht in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Deutschland bringen darf, des sie leider vielleicht nicht wollen. Wenn bei ihnen unsere Anschauungen nicht durchgedrungen sind, so hat zu dieser Entwicklung der russische Bolschewismus sein redliches Teil beigetragen. Er hat Rußland vollständig entwaffnet und allen Abtrennungsplänen geradezu in die Hände gearbeitet. Wenn er jetzt verlangt, wir sollen den durch die Revolution entstandenen Schaden wieder gutzumachen versuchen, so verlangt er zuviel von uns. Die bolschewistischen Regepte haben sich so bewährt, daß wir ihre Anwendung auf Deutschland zu empfehlen ist. Wir wünschen nicht, unter Umständen zur Macht zu gelangen, die uns zwingen, mit der Entente Frieden zu schließen, wie ihn Trotzki und Lenin jetzt mit dem Vierbund schließen. Es ist kein einziger hier im Saale, der das will. Der Friedensschluß im Osten schafft vollendete Tatsachen. Mit stehen auf dem Standpunkte, daß diese Regelung kein unüberwindliches Hindernis für das Zustandekommen eines allgemeinen Friedens sein dürfte. Das Glück, das uns durch diese Regelung beschert wird, ist aber höchst zweifelhaft. Oder haben Sie im deutschen Volke irgendwo Freude darüber bemerkt, daß Litauen, Kurland, Polen und vielleicht noch andere Länder mehr oder weniger „freiwillig" angelehnt werden sollen?

Das deutsche Volk freut sich nur, daß wenigstens ein Stück des Friedens da ist, den „Anlehnungen" steht es aber mit großem Mißtrauen gegenüber. Ein Teil von ihm ist der Ansicht, der Westen würde zu einer Verständigung bereit sein, wenn er nur selber leidlich gut dabei fährt. Er nehme kein Interesse mehr an Rußland. Ich wünsche aufrichtig, daß sie recht behalten. Voraussetzung ist aber, daß die deutsche Regierung dann zu einem wirklichen Verständigungsfrieden, wie die Reichstagsmehrheit und auch der Reichskanzler will, bereit bleibt, und nicht zu einem Frieden, wie er mit Rußland geschlossen werden soll. Die Erklärung des Reichskanzlers im Hauptausschuß über den Westen war leider nicht eindeutig. Im Ausland glaubt man immer noch an Absichten der deutschen Regierung auf Belgien, Longwy und Briey.

Wir erwarten eine deutliche Erklärung der Regierung.

Der Reichskanzler hat nun gestern rundheraus erklärt, daß er die vier Grundsätze Wilsons annimmt und bereit ist, auf dieser Grundlage in Friedensverhandlungen einzutreten. Das begrüßen wir aufrichtig. (Beifall.) Diese Erklärung ist um so bedeutsamer, wenn man bedenkt, daß Wilson betont hat, daß seine Grundsätze überall angenommen seien,

außer von der deutschen Militär- und Annexionspartei.

Nun, diese Partei ist glücklicherweise hierzulande nicht mehr von ausschlaggebender Bedeutung. Der Reichstag ist nicht gewillt, gegen den Willen des deutschen Volkes Politik mit einer Minderheit zu machen.

Die eigenartige Begrüßung des Herrn von Payer durch die äußerste Rechte kann wohl auch nicht so gedeutet werden, als hätte er sich gereizt gezeigt, Konzessionen nach rechts zu machen. (Sehr richtig!) Wer Wilsons vier Punkte annimmt, muß selbstverständlich Eroberungs- und Vergewaltigungspläne ablehnen. Mit Belgien kann man selbstverständlich in Frieden und Freundschaft nur dann leben, wenn dessen Selbständigkeit sichergestellt ist. Deshalb wollen wir rund heraus erklären: Wie die Flamen und Wallonen sich wegen ihrer politischen Differenzen auseinandersetzen wollen, das ist ihre Sache, nicht die unsere. Auch wir wünschen eine engere Aussprache und daß den Gegnern eine Brücke gebaut werde. Tun Sie, was Sie können, Herr Reichskanzler,

um Hunderttausenden Leben und Gesundheit zu erhalten.

(Beifall bei den Soz.) Den politischen Krastmeiern will ich nur sagen, daß jeder Versuch, einen Frieden im Westen zu schließen wie mit Rußland, eine Kraftprobe wäre, die auch für Deutschland gefährlich ist. Ein solcher Friede würde mit dem Gewehr im Arm schlafen gehen. Dann würden die bolschewistischen Träume verwirklicht werden und die Weltrevolution kommen. Kein Staat der Welt kann auf die Dauer ohne Frieden leben. In Oesterreich hat das militärische Vorgehen gegen Rußland Widerspruch erregt.

Es wäre daher an der Zeit, daß von entscheidender Stelle andere Worte in die Welt hinausgingen als Worte der Einschüchterung und des Gewaltglaubens. Worte, die den zerbrochenen Glauben an die Menschlichkeit und an eine nahe bessere Zukunft wieder aufrichten könnten. (Lebh. Zust. links.) Wir wollen keine Demütigung der Gegner, keinen Machtfrieden, der nur durch Gasgranaten errungen und aufrecht erhalten werden kann, wir wollen den Frieden, der auf Freiheit, Freundschaft und gegenseitiges Vertrauen der Völker beruht. (Bravo! bei den Soz.)

Von der auswärtigen Politik leitet ein sichtbarer Faden nach der inneren Politik hinüber. Auch im Innern haben wir während des Krieges mit einem System zu kämpfen, das nicht darauf ausgeht, Vertrauen im Volke zu gewinnen, das vielmehr seine ganze Hoffnung auf die Gewalt stützt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dies System hat einen seiner höchsten Triumphe gefeiert bei der letzten

Streikbewegung.

Wie in der auswärtigen Politik wurden auch hier die Politiker vom Militär ganz einfach überrannt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Einer will ich vorweg'agen, wenn Sie sich nicht vor der ganzen Welt lächerlich machen wollen, so reden Sie niemals davon, daß bei dem Ausbruch dieses Streiks etwa ausländisches Geld eine Rolle gespielt hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Ursachen des Streiks lagen zunächst in den überaus traurigen Ernährungsverhältnissen. Der Reiche kann auch heute noch alles haben, dem Armen fehlt jetzt das Notwendigste. Wie reagiert die Landbevölkerung gleich auf jeden Eingriff. In Traubing wurden Barrikaden gebaut, um die Beschlagnahme zu verhindern. Hat man da über Landesverrat und nach Zuchthausstrafen geschrien? Eine weitere Ursache des Streiks war die Entrüstung über die, wie man glaubt, verwerfliche Kriegsverlängerung, die Empörung über die Wahlrechtsverschleppung, die geradezu aufreizende Wirkung der Kämpfe um die Rechte der Fürsten im Herrenhause in einer Zeit, wo das Blut des Volkes in Strömen fließt. Es kam der österreichische Streik, die österreichische Regierung empfing die Streikenden und gab beruhigende Erklärungen. Dagegen hat die Militärzensur das unsinnigste getan, was man sich ausdenken konnte. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Sie verbot den Zeitungen, über die österreichischen Vorgänge zu berichten. Was ist damit erreicht worden? Daß die Oeffentlichkeit in Deutschland erst ein paar Tage später Genaues erfuhr, und daß bis dahin die wildesten Gerüchte im Umlauf waren, an denen die Phantasie sich entzünden konnte. Der „Vorwärts", der die österreichischen Ereignisse beleuchtete, wurde verboten. Ich war darauf gefaßt, daß nun das kam, womit ich nicht gedroht, sondern wovor ich gewarnt hatte. Es ist eine schamlose Lüge, daß die Arbeiter mit dem Streik landesverräterische Absichten gehabt hätten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Flugblätter mit solchen Absichten haben gar keinen Eindruck gemacht. Flugblätter, von deren niemand weiß, woher sie kamen, deren Hauptinhalt in mörderischen Beschimpfungen von uns Regierungssozialisten bestanden. Wissen denn die Herren, die über Landesverrat der sozialdemokratischen Arbeiter sprechen, nicht, daß Arbeiter aller anderen Organisationen mitgestreikt haben? Auch christliche Arbeiter haben gemeinsam mit Sozialdemokraten die Betriebe verlassen. (Hört, hört!) Halten Sie sich an den Stiefeln fest, denn ich muß Ihnen sagen, daß mir eine große Industriestadt bekannt ist, in der ein ganz von den Gelben beherrschter Betrieb als erster in den Streik eintrat. Hört, hört!) Die einzige Organisation übrigens, die Streikunterstützung bezahlt, ist die Hirsch-Dunckersche. (Hört, hört! bei den Soz.) Neben den Arbeitern schaffen Tausende durch den Krieg ruinierter kleiner Handwerksmeister, ja eine ganze Anzahl von Angehörigen liberaler Berufe in den Munitionswerkstätten. Seien Sie vorsichtiger mit dem Vorwurf des Landesverrates. Sie treffen damit sonst einen Teil Ihrer eigenen Wähler. Sehr gut! bei den Soz.)

Glauben Sie, die Engländer und Franzosen werden schneller zum Frieden mit uns bereit sein, wenn Sie Ihnen Tag für Tag weiß machen, daß allein in Berlin eine halbe Million Landesverräter leben, daß die Landesverräter bei uns millionenweise herumlaufen. Nein, Ihrem Unmut wollten die Tausende Luft machen, auf die Behörden wollten sie einwirken, die den Wünschen der Großgrundbesitzer bisher stets ein williges Ohr geliehen hat, als den Notschreien der arbeitenden Bevölkerung. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Ein langer militärisch nicht übermäßig ereignisreicher Winter lag hinter den Arbeitermassen, ein Winter, in dem sehr fleißig gearbeitet worden war. Man sagte scherzhaft: Lubendorff sammelt Granaten. Das zeigte sich auch in den zahlreichen Arbeiterentlassungen, in den Feierschichten, die eingelegt wurden. Vielfach zwang auch der Kohlen- und Materialmangel zum Feiern. Wenn man überhaupt des Wort vom Landesverrat hineinstehen will, warum greift man da nicht weiter und bezeichnet diejenigen als Landesverräter, die nicht dafür gesorgt haben, daß alle Arbeiter Granaten machen konnten, daß die Kohlen rechtzeitiger zur Stelle waren. (Sehr gut! b. d. Soz.) Also die Kriegsindustrie ist in keiner Weise geschädigt worden. Das haben auch gut informierte Politiker und Unternehmer zugegeben. So erklärte die Berliner Germania, daß die Berliner Industriellen durch den Streik 10 Millionen Mark erspart hätten, die sie sonst für die Feierschichten infolge des Kohlenmangels zu zahlen gehabt hätten. In einer Flugschrift, die unter den Arbeitern verbreitet wurde, hieß es ausdrücklich, daß es sich um einen Demonstrationsstreik von zunächst drei Tagen handelte, die Arbeiter wollten demonstrieren

für Frieden, Freiheit und Brot,

weil sie eine andere Möglichkeit, ihre Stimme zu erheben, nicht hatten, nachdem ihre Presse unterdrückt, ihre Versammlungen verboten waren. Sie konnten sich nicht versammeln wie die Vaterlandspartei. Hätte es so gelegen, daß auf keine Granate verzichtet werden konnte, daß jeder Tag Arbeit unbedingt nötig gewesen wäre, so hätte man die Arbeiter ganz anders behandelt und nicht den Streik durch unsinnige Maßregeln verlängert wie es in Berlin geschehen ist. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Regierung hätte ganz ruhig zusehen können, und wohl auch ruhig zugesehen, wenn sie nicht einer parteipolitischen Hetze unterlegen und den Kopf und die Nerven verloren hätte. Diese parteipolitische Hetze sah in dem Streik nur eine erwünschte Gelegenheit, über die Sozialdemokratie herzufallen und über die drei Mitglieder des Parteivorstandes, die in den Ausschuß eingetreten waren, nachdem der Streik im Gange, die Forderungen aufgestellt und der Gegenanne Arbeiterrat zusammengetreten war. Was wir übrigens in diesem Aktionsausschuß im Arbeiterrat getan haben, darüber rede ich an dieser Stelle kein Wort, weil ich auf Grund einiger sehr törichter Zeitungsnotizen Gefahr laufe, daß man eines meiner Worte mißdeuten könnte als ein Wort der Entschuldigung, daß man als Brücke gern haben möchte. Was wir getan haben, war für uns als Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit, wir haben den Arbeitern gegenüber unsere Pflicht getan. Der Ausschuß der sozialdemokratischen Partei hat sich am 30. Januar, also am dritten Tage des Streiks, über die Verhältnisse informiert und nach eingehender Beratung einstimmig folgende Resolution beschlossen: „Der Parteiausschuß stellt fest, daß sich die gegenwärtige Streikbewegung nicht gegen die Landesverteidigung richtet und nicht die Ziele eines feindlichen Imperialismus fördern will. Sie ist aus einer tiefen Mißstimmung entstanden, die bei den Ernährungsschwierigkeiten und den Druck des Belagerungszustandes hervorgerufen wurde. Das Treiben der Reaktion im preußischen Dreiklassenhaus, das auf die Verhinderung der preußischen Wahlreform gerichtet ist, das herausfordernde Auftreten der sogenannten Vaterlandspartei und die unklare Haltung der Regierung in der Friedensfrage haben diesen Stimmungsdruck verschärft, da alle Anschläge und Warnungen der sozialdemokratischen Partei ungehört verhallten, wurde ein Ausbruch dieser Volksstimmung unvermeidlich. Durch den Eintritt sozialdemokratischer Abgeordneter beider Fraktionen in die Streikleitung war die volle Gewähr dafür gegeben, die Bewegung in geordneten Bahnen zu halten und sie rasch ohne Schädigung der Allgemeinheit zum Abschluß zu bringen. Voraussetzung war, daß die Regierung auf Gewaltmaßregeln verzichtete und Forderungen erfüllte, die von einer erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung als berechtigt anerkannt werden. Statt diesen Weg zu gehen, hat die Regierung unter kleinen formalistischen Vorwänden Verhandlungen mit den Arbeitervertretungen der Streikenden abgelehnt.

Die sozialdemokratische Partei hat sich während des Krieges rückhaltlos für Landesverteidigung bekannt. Die Landesverteidigung wird jedoch gefährdet durch die politische Einsichtslosigkeit derer, die den Krieg zu kriegerlängernden, vom Volke nicht gebilligten Zielen führen wollen, die dem Volk versprochene Rechte verweigern und jeden Protest gegen einen immer unerträglicher

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180227-11/fragment/page=0002

verhenden Druck mit verstärktem Druck beantworten. Darum müssen sich heute alle Kräfte vereinigen, um eine Abwehr von dem verhängnisvollen Kurs herbeizuführen, im Interesse der Selbsterhaltung unseres Volkes und eines baldigen gerechten Friedensentschuldigen Sie diese lange Vorlesung. Aber sie war notwendig, weil die Zensur es bis zu dieser Stunde verboten hat, diesen vernünftigen Beschluß abdrucken zu lassen. Wenige Tage nach diesem Beschluß des Parteiausschusses hat auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Lage eingehend beraten und dasselbe beschlossen. Eine Vorständekonferenz der gesamten deutschen Gewerkschaften hat am 1. Februar eine Resolution angenommen, die sich im wesentlichen mit der verlesenen deckt. Auch diese ist von der Zensur natürlich nicht zum Abdruck zugelassen worden. Woran Sie mit uns bei der Beurteilung dieses Streiks sind, können Sie wissen. Und wir wissen, daß Millionen von Arbeitern, die in der sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften organisiert sind, hinter uns stehen. Und das ist für uns das entscheidende, nicht aber, wie nationalliberale Industrielle über uns denken, die jetzt im preußischen Landtag dabei sind, das gleiche Wahlrecht abzulehnen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Ich wiederhole, zur Hetze gegen uns wurde der Streik mißbraucht, und das beste Mittel dazu schien wieder die Militärzensur. Zunächst wurde der Vorwärts wiederum verboten, weil er in einem Leitartikel Verständnis für die Bewegung bewies, das den Behörden fehlte. Die Besonnenheit und Entschlossenheit der Behörden, von denen Herr v. Payer gestern sprach, war ein Fremdkörper, der nicht zu seiner sonst so tapferen Rede paßte. Der Demonstrationsstreik, der drei Tage dauern sollte, begann am 28. Januar, und am selben Tage wurden Arbeiter jede Versammlung und jede Zusammenkunft verboten, am 29. Januar wurde der Vorwärts verboten, am selben Tage wurden besonnene Männer, die Abgeordneten Legien, Schmidt-Berlin, Körsten, Bauer, von Kriminalschutzleuten in ihren Bureaus aufgefordert, binnen 15 Minuten das Gewerkschaftshaus zu verlassen. Der Aktionsausschuß wurde aufgelöst, die Männer, die den Arbeitern gern hätten raten können, wurden von Herrn v. Kessel mit einem Jahr Gefängnis bedroht. Was Herr v. Kessel in jenen Tagen verboten hat, läßt sich in Jahren nicht wieder gut machen. Sollte jemals eine solche Situation wiederkehren, so müßte man Herrn v. Kessel sofort in Schutzhaft nehmen. (Gr. Heiterkeit.) **Durch das Verbot der Verständigung für die Arbeiter wurden sie auf die Straße getrieben und dort schlug man auf sie ein.** Diesen einzigen Sieg hat Herr v. Kessel in diesem Krieg bisher errungen. Die Zivilbehörden waren offenbar kopflos und überließen die Führung dem wildgewordenen Militär. **Herr Wallraf, ein Erbstück aus dem Nachlaß des Herrn Michaelis** (Gr. Heiterkeit) war in Köln ein rechtschaffener Oberbürgermeister, der sich auch mit den Arbeitern ganz gut verstand, dem aber jetzt die

preußische Autorität in die Krone gefahren ist.

Hätte er so verständig gehandelt, wie sein Nachfolger in Köln oder der Kölner Regierungspräsident v. Starck, so hätte er 3—4 Tage Streik in Berlin und Hunderten von Arbeitern das Zuchthaus erspart. (Lebhaftes Sehr richtig!) Ueberall sonst im Reich wurden Versammlungen gestattet, man verhandelte mit den Arbeitern und in einem bis anderthalb Tagen waren alle diese Demonstrationsstreiks mit Ausnahme Berlins erledigt. Die Beamten, die so vernünftig handelten, haben der Staatsautorität nicht geschadet, sondern genützt, sie brachten den Arbeitern die Ueberzeugung bei, daß nicht nur Bonzen und Bureaukraten in den Behörden sitzen. Auch der Reichskanzler konnte sich leider nicht zu einem starken Entschluß aufraffen, sondern versuchte es mit einem wohl von einem Kabinettschef ausgeheckten Plan, der auch sofort scheiterte. Durch das Hinaustreiben der Arbeiter auf die Straße, durch das unsinnige Versammlungsverbot entstanden die tiefbedauerlichen Exzesse, die durch das Verhalten der Behörde hervorbeschworen sind. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz. — Erregter Widerspruch bei anderen Parteien.) Wir haben ja erst gestern hier im Hause erlebt, was ein Exzeß ist; warum verlangen sie von Arbeitern, denen wehe getan wird, daß sie sich nicht ebenso temperamentvoll wehren. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Arbeiter in ihrer Masse trifft für die Ausschreitungen keine Verantwortung. Dutzende von Schaffnerinnen haben mir erklärt, daß die rüpelhaften Attacken auf die Straßenbahn von unreifen Jungen unternommen worden sind. Als Ebert und ich auf Wunsch der Arbeiter in den Aktionsausschuß eingetreten waren, schickte Herr v. Kessel Kriminalisten zu uns, um uns und bei eventueller Betätigung ein Jahr Gefängnis anzudrohen. Als meine Freunde von der Münchener Parteileitung das Gleiche taten, dankte ihnen Herr v. Dandl, der Radfahrer des Herrn v. Hertling in Bayern, in öffentlicher Landtagssitzung dafür. (Hört, hört! und Bravo! b. d. Soz.) In Berlin aber wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt und es regnete Landesverratsprozesse. Auch den verantwortlichen Redakteur des Vorwärts und leitenden politischen Redakteur traf dieses Schicksal. Die beiden Redakteure Kuttner und Stampfer sind unter Ablehnung der ihnen angebotenen Reklamation ins Feld gezogen, weil sie für die Landesverteidigung nicht nur mit der Feder, sondern auch mit ihrer Person eintreten wollten. (Hört, hört! b. d. Soz.) **Aus dem Felde sind sie erst zurückgekehrt, nachdem der eine durch Verwundung, der andere durch Krankheit die Felddienstfähigkeit verloren hatten.** Die sozialdemokratische Partei ist mit der Haltung des **Vorwärts gerade zum Streik völlig einverstanden.** (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Es zeigte sich auch, wie Reichstagsentschließungen von der Militärbehörde mißachtet werden. Der Vorwärts durfte nicht nach drei Tagen ohne weiteres wieder erscheinen, sondern mußte Garantien geben, **daß alles über Druckende einem Leutnant zur Zensur vorgelegt werden mußte.** (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch nach dem Streik ist es mit der Zensur nicht besser geworden. So durfte die Unabhängigkeitserklärung von Litauen bis auf den heutigen Tag nicht gedruckt werden, ebenso wurde die Aufforderung des internationalen Roten Kreuzes, den Gebrauch von giftigen Gasen auf beiden Seiten einzustellen, unterdrückt. Deshalb will ich diese hochherzige Anregung für mich und meine Partei von dieser Stelle unterstützen. (Zustimmung b. d. Soz.) Einer der Zensuroffiziere, der weit lieber im Felde stände, sagte mir einmal:

„Glauben Sie denn, wir wissen nicht, was für ein schimpfliches Gewerbe wir ausüben müssen!"

(Hört, hört! bei den Soz.) Vielleicht war es ein Anfall von Scham-gefühl, daß die Zensur die Berichte über den Prozeß Dittmann verbot. Die Zeitungsleser sollten wohl nicht erfahren, daß Dittmann der Wahrheit gemäß sagte, er habe weder zum Streik noch zur Fortsetzung des Streiks aufgefordert. Vielen, die sich über die vaterlandsverräterischen Streiker entrüsten, würde vielleicht das Blut in den Adern erstarren, wenn sie die Strafen der armen Menschen erführen. In Elbing, dem Sitz eines der Väter der Vaterlandspartei, demonstrierten schon 6 Wochen früher die Arbeiter der Schichauwerft wegen der schlechten Ernährung und der maßlosen Teuerung der Unterkleidung, sowie die unverschämte Behandlung in Kaufhäusern. Im Verlauf eines Krawalls, wurde auch ein Warenhaus geplündert und dafür wurden 136 Personen zu 146 Jahren Gefängnis verurteilt. Drei Personen zu 30 Jahren Zuchthaus. (Hört, hört! bei den Soz.) Kinder von 15 Jahren erhielten sechs und neun Monate Gefängnis. (Zurufe links.) Der Zeitungsleser erfährt nichts davon. Auch nichts vom Herausreißen von Familienvätern aus ihren jahrelangen Arbeitsstellen, und daß man Arbeiter bestraft, weil sie angeblich zu langsam arbeiten. Hier wird eine böse Saat gesät. **Wollen Sie den Hetz nicht unheilbar machen, dann schaffen Sie die Zeloten der Scharfmacherei in Schwerindustrie und Militär.** Die Behandlung der Arbeiter in Berlin war ein Ausdruck konservativer Weltanschauung, die Ausschaltung infolge Scheiterns der Wahlrechtsvorlage einfach niederschmettern will. Möchte doch auch Herr v. Oldenburg-Januschau in der Jubiläumsversammlung des Bundes der Landwirte einen Kanzler, der den geschossen wird und der schießen läßt. Und mit stürmischem Beifall wurde das aufgenommen. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) **Es gibt also Deutsche, die sich vor Vergnügen schütteln würden, daß von Deutschen auf Deutsche geschossen würde.** (Unrufe rechts.) Sie halten sich für die Hirte der Nation, wir betrachten sie als den Auswurf des deutschen Volkes. (Stürm. Beifall bei den Soz.) Wir werden nicht ruhen, ehe nicht jeder Einfluß dieser bodenlos verächtlichen Gesinnung auf unser öffentliches Leben ausgerottet ist. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Deshalb lassen wir

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, den 28. Februar 1918.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Eichhorn.

Vier Tage nach Ueberschreiten des Moon-Sundes haben gestern vormittag die auf Oesel angesetzten Truppen — Infanterie und Maschinengewehrschützenabteilungen an der Spitze — unter Führung des Generalleutnants Freiherrn von Seckendorff nach Kampf die Festung genommen.

In Livland haben viele Städte bei unserem Einzuge geflaggt, geläutet; durch Russen verhetzte Landesfeinde wurden beseitigt.

Südlich von Pleskau (Pskow) stießen unsere Regimenter auf starken Widerstand. In heftigem Kampf schlugen sie den Feind. Die Stadt wurde genommen.

Heeresgruppe Linsingen.

Feindliche Kräfte warfen sich unseren in der Ukraine längs des Pripet vordringenden Abteilungen bei Kolentowitschi entgegen. In schneidigem Angriff wurde der Feind geworfen. Stadt und Bahnhof erstürmt.

In wenigen Tagen haben die Truppen der Heeresgruppe Linsingen zu Fuß, mit der Bahn und auf Kraftwagen unter großen Anstrengungen und Entbehrungen mehr als 300 Kilometer zurückgelegt. Im Verein mit ukrainischen Truppen haben sie große Teile des Landes von plündernden Banden befreit.

Die ukrainische Regierung hat in den vom Feinde gesäuberten Gebieten die Ruhe und Ordnung wiederhergestellt.

An Gefangenen wurden an der Ostfront neuerdings eingebracht: 3 Divisionsstäbe, 180 Offiziere und 3676 Mann, Gefangenenzahl und Beute aus Reval und Pleskau lassen sich noch nicht übersehen.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

dem Kampf um das gleiche Wahlrecht in Preußen

eine so entscheidende Bedeutung bei. Das Volk wird Sie (nach rechts) dann so behandelt, wie Sie es tausendfach verdient haben, und dann haben Sie verspielt, dann wird aber auch die Bahn frei sein für ein freies Deutschland, das sich friedlich nach innen und außen entwickelt. Wir freuen uns der Entschiedenheit, mit der Herr v. Payer für das gleiche Wahlrecht eingetreten ist und hoffen, daß die ganze Reichsregierung das gleiche tut. Dann hat sie das ganze deutsche Volk hinter sich. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Und das ist mehr wert als eine gnädige Gebärde der Machthaber von gestern und vorgestern. Es gibt kein Zurück, vorwärts muß die Parole heißen auf allen Gebieten. Freilich gibt es Leute, die sich eine Königspuppe wünschen, mit der sie spielen können wie die Russen mit ihrer Zarenpuppe, bis sie zerbrach. Wir aber vertrauen darauf, daß das deutsche Volk gereifter und freier aus der ungeheuren Prüfung dieses Krieges hervorgehen wird. Dazu ist unermüdliche Arbeit nötig, und wir setzen sie fort mit jedem, der uns hilft, gegen jeden der uns stört. Unsere besten Bundesgenossen sind die treibenden Kräfte der Weltgeschichte. Die Zukunft gehört in Deutschland und in der ganzen Welt der Demokratie, den Arbeitern und dem Sozialismus. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär des Innern Wallraf: Der Vorredner hat einen einzelnen Vorgang des Streiks aus den Streiktagen übermäßig in den Vordergrund geschoben. Es handelt sich um eine Episode, die nur im Rahmen des Gesamtbildes verständlich ist. Meine Auffassung des Streiks weicht von der des Vorredners wesentlich ab. Der Vizekanzler hat gestern schon dargelegt, daß die Streikbewegung das untauglichste Mittel war, um den Krieg zu verkürzen, die Ernährungsschwierigkeiten zu beseitigen und den Wünschen nach Erlangung des gleichen Wahlrechts Rechnung zu verleihen. Die Arbeiter konnten aber nicht wissen, ob ihr Feiern in den betreffenden Betrieben der Kriegführung hinderlich war oder nicht. Als der Waffenstillstand an der Nordostfront einsetzte, begann die bolschewistische Propaganda. Die Bolschewisten suchten die Friedensverhandlungen hinzuziehen, weil sie auf Revolution in Deutschland hofften. Auch die Entente arbeitet mit Flugblättern in Deutschland, die von der Schweiz eingeführt werden. Scheidemann hat heute einen Trennungsstrich zwischen sich und den Bolschewismus gezogen. Hoffentlich trägt der Strich dazu bei, daß sich deutsche Arbeiter nicht wieder ihre Köpfe verwirren lassen. (Beifall.)

Abg. v. Heydebrand (Kons.): Es gibt keine bessere Widerlegung der Rede des Abg. Scheidemann als die Ausführungen des Staatssekretärs. Der Vizekanzler hat gestern zur Einigkeit gemahnt, seine Rede hat aber gerade das Gegenteil davon erreicht. Seine Rede war eine reine Parteirede. Auf dem Wege zum Reichstagsabgeordneten zum Kanzler muß ihm ein Teil der Besonnenheit oder der persönliche Takt abhanden gekommen sein. (Große Unruhe links.) Er hat sogar die Alldeutschen und die Vaterlandspartei mit den Sozialdemokraten auf eine Stufe gestellt, das kann niemand auf sich sitzen lassen. (Beifall rechts.)

Reichskanzler Graf Hertling erklärt, daß die Stimmung, die sich gestern nach der Rede des Vizekanzlers auf der Rechten bemerkbar machte, wohl nicht berechtigt gewesen sei. Der Vorwurf einer parteipolitischen Rede lasse sich bei ruhigem Nachlesen auf die Ausführungen des Vizekanzlers nicht aufrecht erhalten. Der Vizekanzler habe auch gewisse Vorgänge getadelt, die den Schein erwecken könnten, als ob auf der einen oder andern Seite die Sonne der Gunst der Regierung heller leuchten könne. Der Reichskanzler bittet schließlich aufs herzlichste, das Kriegsbeil doch einmal zu begraben und sich zu entschließen, einheitlich und friedlich mitzuarbeiten. Der Vizekanzler hat die Rechte nicht auf einen Standpunkt mit den Streikenden gestellt. Er hat ausdrücklich einen Trennungsstrich gezogen. Der Reichskanzler schließt mit den Worten: „Helfen Sie uns, daß wir einheitlich zusammenstehen." (Beifall.)

Morgen Mittwoch 11 Uhr: Weiterberatung.
Schluß 6 Uhr.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Dienstag, 26. Februar 1918, nachmittags 1 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Friedberg, Dr. Spahn.

Das Andenken der in letzter Zeit verstorbenen Mitglieder, darunter Diederich Hahns, wird in der üblichen Weise geehrt.

Der Antrag des Abg. Dr. Pachnicke (Freis. Konf.), enthaltend einen Gesetzentwurf, der die Vorschriften über die Auflassung und die Bestellung oder Uebertragung eines Erbbaurechts im Rheinlande für die Dauer des Krieges und zweier Jahre danach auf den Gesamtstaat erweitert, wird angenommen.

Ein schleuniger Antrag Dr. Heß (Zentr.) verlangt Staatsbeihilfen an leistungsschwache Gemeinden, damit sie ihren Beamten ausstömmliche Kriegsunterstützungen zuteil werden lassen können. Der Antragsteller beantragt Ueberweisung an den Staatshaushaltsausschuß zum Zweck der Beratung im Unterausschuß für die Teuerungszulagen.

Abg. Delze (Kons.) erkennt die Notwendigkeit des Antrages an.

Ein Regierungskommissar weist auf die Möglichkeit der Hilfe aus dem Kriegswohlfahrtsfonds hin.

Abg. **Lippmann** (Freis. Vp.): Der Ungleichheit zwischen den Zulagen der Staats- und Gemeindebeamten muß abgeholfen werden.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Dr. Goldschalk (Natl.) und Dr. Rewoldt (Freis. Kons.) wird die Ueberweisung an den Ausschuß beschlossen.

Darauf beginnt

die zweite Beratung des Staatshaushalts.

Die Frage der Teuerungszulagen soll nur beim Etat des Innern besprochen werden. Rente und Etat des Kronfideikommiß werden ohne Erörterung genehmigt, beim Etat der Lotterieverwaltung wünscht

Abg. Dr. Blankenburg (Natl.), daß vorzugsweise kriegsbeschädigte Offiziere zu Lotteriekollekteuren bestellt und hierfür eine deutsche Belehrung gefunden werde.

Dieser Etat und die folgenden kleinen Etats werden debattelos genehmigt. Beim

Etat des Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten

Abg. Seyda (Pole) eine Erklärung seiner Fraktion gegen den Friedensvertrag mit der Ukraine abzugeben.

Vizepräsident Dr. Porsch erklärt dies unter Berufung auf einen früheren Fall für unzulässig. Die Erklärung könne allenfalls in der 3. Lesung abgegeben werden.

Abg. Korfanty (Pole): Wir wollen bloß die Erklärung abgeben, aber nicht eine Debatte herbeiführen.

Abg. Frh. v. Zedlitz (Freis. Kons.): Das Haus ist berechtigt, die auswärtige Politik zu besprechen, aber das kann nicht bei diesem Einzelstat geschehen. Man könnte auch eine solche Erklärung nicht unbesprochen hinausgehen lassen.

Abg. Winckler (Kons.) schließt sich an.

Abg. Ad. Hoffmann (U. Soz.): Die Polen wollen über ein Unrecht klagen. Sie machen sie mundtot bis zur dritten Lesung. Mit Ihrer Widerlegungskraft scheint es nicht so glänzend zu stehen.

Vizepräsident Dr. Porsch: Mein Vorgehen entspricht dem damals gefaßten Beschluß des Seniorentonvents.

Abg. Dr. Lohmann (Natl.) tritt dem Abg. Frh. v. Zedlitz bei. Es lägen keine triftigen Gründe vor, die Erklärung jetzt zuzulassen.

Abg. Dr. Seyda (Pole): Für unser Volk ist die Sache von höchster Wichtigkeit und wenn man unparteiisch sein will, muß man unsere Erklärung zulassen.

Abg. Frh. v. Zedlitz (Freis. Kons.): An Gegengründen fehlt es uns nicht, aber im Interesse der Geschäfte des Hauses halten wir uns zurück.

Abg. Dr. Pachnicke (Freis. Vp.): Nach dem Vorgang im Hauptausschuß wird es auch im Hause eine gründliche Debatte über Polen geben. Es erscheint zweckmäßig, bis zum Ansiedlungsgesetz zu warten.

Abg. Dr. Heß (Zentr.) spricht im Sinne des Präsidenten.

Damit schließt die Besprechung und **Abg. Dr. Seyda** verläßt die Rednertribüne.

Nach debatteloser Erledigung des Etats des Zeughauses (**Kriegsministerium**) und des Herrenhauses folgt der Etat des Abgeordnetenhauses. Er wird jedoch mit den dazu gestellten Anträgen an den Ausschuß zurückverwiesen, damit die Frage der Tagegelder der Doppelmandatare noch weiter geklärt werde.

Der Justizetat.

Abg. Dr. **Delbrück** (Kons.): Ich richte an den Herrn Minister die Bitte, bei der Beschäftigung der Gefangenen dafür zu sorgen, daß sie den Handwerkern keine übermäßige Konkurrenz machen. Wenn wir auch als Zweck der Strafe die Besserung der Gefangenen ansehen, nicht nur die Abschreckung, müssen wir Konservativen doch an dem Prinzip der Vergeltung festhalten. Redner tritt dann für Besserung der Lage der Kanzleigehilfen ein und des weiteren für bessere praktische Ausbildung der Referendare. Er wendet sich schließlich gegen gehäufte Erhebung von Anklagen.

Abg. **Haenisch** (Soz.): Man muß aus den sozialen Ursachen der Verbrechen die Folgen ziehen und statt der Rache des Staates die Besserung in den Vordergrund stellen. Eine Strafrechtspflege, die von dem altestamentarischen Grundsatz „Aug um Auge, Zahn um Zahn" ausgeht, lehnen wir schroff ab. Von dem „allzu humanen" Geist, von dem Herr Delbrück nichts wissen will, war in den Gefängnissen, die unter dem Ministerium des Innern standen, noch eher etwas zu merken, als in denen der Justizverwaltung. Wenn dieser jetzt alle Gefängnisse übernehmen werden, so darf die Humanität nicht zu kurz kommen. Die traurige Lage vieler Rechtsanwälte bedarf der Besserung. Wie steht es mit den Personalakten der Rechtsanwälte, die für Titelverleihungen, Berufungen usw. maßgebend sein sollen; selbst die tüchtigsten sozialdemokratischen Rechtsanwälte waren nie „Justizrat". Personalakten für Rechtsanwälte sind überhaupt ein Unfug, und schon gar, wenn sie geheim sind. Der alte enghergige Geist beherrscht immer noch einen Teil unserer Rechtspflege. So hat das Amtsgericht Spandau einen dissidentischen Ehepaar die Adoption seines katholischen Pflegekindes wegen moralischer Minderwertigkeit verboten und dadurch das arme Kind arg benachteiligt. (Hört, hört! links.) Was sagen Regierung und Haus zu der vom Kammergericht verhängten Fürsorgeerziehung über einen bestbeleumundeten jungen Arbeiter, weil er sich als radikaler Sozialist leidtige und zum gerinen Verstoßen erlitten hat? In letzter Linie beruht diese unerhörte Urteil auf dem pädagogischen Urteil eines Polizeiwachtmeisters in Barmen und es wurde gefällt unter Aufhebung eines vernünftigen Urteils des Landgerichts Elberfeld. Der junge Mann wurde in der „Fürsorge" schändlich mißhandelt und entfloh schließlich nach Holland. Sie können sich den Eindruck seiner Erlebnisse im neutralen Auslande denken. Solche Ausflüsse eines gewissen „altpreußischen" Geistes, wie er hier den Eltern die Fähigkeit zu nationaler Erziehung absprach, schaden Deutschland mehr als wirkliche oder erfundene Krawalle. Der Justizminister weiß ja, wie auch das Zentrum als „antinational" hingestellt worden ist, gleich dem Freisinn, gleich uns, gleich den Polen und Dänen. Das Kammergerichtsurteil wird damit begründet, daß der junge Mann ein Anhänger Liebknechtscher Ideen gewesen sei. Ich halte solche Ideen für verkehrt und falsch, aber wir verwerfen unbedingt jeden andern als geistigen Kampf gegen sie. Will man diese Ideen überwinden, so muß man die sozialen Verhältnisse gründlich umgestalten und das beste Mittel dazu ist die möglichste Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen. (Beifall b. d. Soz.)

Justizminister Dr. **Spahn** lehnt es ab, auf die beiden vom Vorredner besprochenen Urteile einzugehen, das stehe ihm nicht zu. Die spandauer Akten sind eingefordert, aber noch nicht eingelangt. Der Minister gibt dann einen Ueberblick über den Etat und spricht 1¼ Stunden lang über Ressortfragen.

Weiterberatung: Mittwoch 12 Uhr, vorher Handelskammergesetz. Schluß ¼6 Uhr.

Eine Rede des englischen Arbeitsministers.

Der Arbeitsminister Barnes, Mitglied des Kriegskabinetts, hielt in Walworth eine Ansprache, worin er sagte, daß nach seiner Ansicht das Hauptziel dieses Krieges die Gründung eines Bundes freier Völker sei, die in offener, ehrlicher, internationaler Freiheit leben. Wenn man ihn auffordern würde, einen Appell an die Kriegführenden zu richten, so würde er sie ersuchen, für den Augenblick alle Fragen, die sich auf Handel, Zölle und Verträge beziehen, beiseite zu lassen, und ihre Staatseinrichtungen zu demokratisieren. Und wenn sie dann immer noch Krieg führen sollten, würde er sie fragen, welches ihre Kriegsziele seien. Dieser fürchterliche Krieg, fuhr Barnes fort, ist das Ergebnis der autokratischen Regierungsform. Ohne ihre Abschaffung würde der Friede in der Welt wertlos sein.

Die Stimmung in der Ukraine.

Berlin, 25. Februar. Von ukrainischer Seite wird mitgeteilt: Es gibt nichts Schlimmes, was keine guten Folgen hätte. Der von Terror und Vernichtungswahn begleitete Zug der echt-russischen bolschewistischen Banden längs der Eisenbahnlinien in der Ukraine hat die gute Folge, daß sogar mehr föderativ und russophil gesinnte Ukrainer sich überzeugten, daß mit dem Aufsetzen ein für allemal gebrochen werden muß und daß unser ukrainischer Entwicklungsweg nur nach dem europäischen Westen gerichtet sein kann. Die russischen Bolschewisten, mit denen sich in ihrem Kampfe gegen das Ukrainertum die Mitglieder der gewesenen „schwarzen Hundert" vereinigten, steigerten den historischen Haß der Ukrainer gegen die Russen bis zum Gipfelpunkt, und erweckten endgültig solch einen Widerwillen gegen alles Russische, daß viel Zeit notwendig sein wird, um den geschaffenen Abgrund irgendwie zu überbrücken. Eine Verbrüderung scheint beinahe ausgeschlossen zu sein, weil man den ganzen Glauben an das russische Volk verlor, das ganz ebenso, wie unter der Regierung des Zaren vor der Revolution, und wie unter den Regierungen des liberalen Kadetten Lwows, auch unter denen der Sozialisten Kerenski und Lenin nach der Revolution immer gegen die Ukrainer auftrat und diese verschiedenartigen offiziellen Bolkvertreter in ihren ukrainophoben Handlungen und gehetzten Maßnahmen moralisch und tatsächlich unterstützte; das zeigten die Ereignisse der Juli- und Oktobertage des vorigen und die Januar- und Februartage des laufenden Jahres.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180227-11/fragment/page=0003

Dr. Solf über Landwirtschaft in Kolonie und Heimat.

Im Ausschuß der Kolonial-Abteilung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft äußerte sich der Staatssekretär des Reichs-Kolonial-Amts, Dr. Solf, über die zukünftige Gestaltung der Landwirtschaft in Kolonie und Heimat wie folgt:

Ueber drei Jahre sind wir nun schon von unseren Kolonien abgeschnitten und müssen sehen, wie ihre so erfolgreich entwickelte landwirtschaftliche Produktion zum Stillstand gekommen ist. Waren die Mengen an tropischen und subtropischen Erzeugnissen, die wir aus unseren Kolonien bezogen, auch noch verhältnismäßig klein, sie sprachen doch schon bei der Versorgung unserer Bevölkerung und unserer Industrie mit. Nachdem Deutschland vom reinen Agrarstaat zum gemischten Agrar-, Industrie- und Handelsstaat geworden war, konnte die heimische Scholle allein die angewachsene Bevölkerung nicht mehr ausreichend ernähren und seine stark entwickelte Industrie nicht mehr genügend mit landwirtschaftlichen Rohstoffen versorgen. Wir mußten trotz des Aufschwungs unserer Landwirtschaft zur Einfuhr landwirtschaftlicher Rohprodukte übergehen und gerieten darin mehr und mehr in die Abhängigkeit vom Ausland. Wohl hätte man durch sparsamere Wirtschaft die Einfuhr niedriger halten können, aber die reichlichen Auslandszufuhren waren eine Voraussetzung für die Volksvermehrung und diese wiederum steigerte die Auslandsbezüge. Wir sehen, und haben es gerade im Kriege gefühlt, daß sich unsere Industrie und besonders die Textilindustrie ohne ausländische und besonders auch koloniale Rohstoffe nicht entwickeln kann. Unsere Bevölkerung entbehrt jetzt viele Nahrungsmittel, besonders Speisefett, und dieser Mangel wird besonders dadurch hervorgerufen, daß dem Vieh die bisher vom Ausland bezogenen Kraftfuttermittel fehlen.

Wenn wir trotzdem durchhalten können, so verdanken wir das in erster Linie unserer Landwirtschaft, welche sich erfolgreich den gesteigerten Anforderungen angepaßt hat. Wir wissen, daß ihre Produktionskraft noch gesteigert werden kann, und daß sie uns in der Zukunft wohl in die Lage versehen wird, eine noch stärkere Bevölkerung ausreichend ernähren zu können. Aber dazu müssen erst einige Voraussetzungen erfüllt werden. Wir brauchen dazu reichliche Düngemittel, genügende Arbeitskräfte und ausgedehnten Maschinenbetrieb auf dem Lande, sorgsamste Ackerkultur und hochgezüchtete Pflanzen und Tiere. Heute sind wir von diesem Ziele noch weit entfernt. Die Kraft unserer Aecker läßt nach, der Viehbestand geht quantitativ und qualitativ zurück, die Unterernährung der Menschen schreitet fort. Langsam müssen wir uns nach dem Kriege wieder emporarbeiten und unsere Betriebsweise ändern, wenn wir das Ziel erreichen wollen.

An Vorschlägen zur Umstellung unserer landwirtschaftlichen Betriebe fehlt es nicht, aber auch darin sind uns Grenzen gesetzt. Wohl wird uns unsere Industrie nach dem Kriege reichlichen und billigen Stickstoffdünger liefern, wohl dürfen wir von dadurch erhaltenen höheren Acker- und Wiesenerträgen teilweise einen Ersatz für die ausländischen Futtermittel erhoffen, wohl werden wir die Ackerfläche auf Kosten geringerer Wiesen vergrößern können, aber wir müssen den Anbau von Hackfrüchten und Hülsenfrüchten, von Oel- und Gespinstpflanzen sowie Futterpflanzen steigern, ohne dabei den Getreidebau einschränken zu dürfen. Daneben müssen wir wieder auf einen möglichst großen Viehstand Bedacht nehmen. Und zu dem allen brauchen wir viel Land. Zwar werden wir Verschiebungen zwischen Acker-, Wiesen- und Waldflächen vornehmen können, werden auch wohl den Mangel an Land zum Teil durch Intensivierung unserer Wirtschaftsweise ausgleichen können. Alle Wälder dürfen wir nicht in größerem Maßstabe umschlagen, und die Urbarmachung von Moor- und Oedländereien erfordert viel Zeit.

Mag es auch unserer tatkräftigen, hochentwickelten Landwirtschaft gelingen, alle diese Voraussetzungen zu erfüllen und die Produktion so zu steigern, daß sie Bevölkerung, Viehstand und Industrie ausreichend versorgen kann, von heute auf morgen geht das nicht, vielmehr müssen wir damit rechnen, daß darüber noch Generationen vergehen werden. Denn es wäre dazu wieder eine teilweise Rückentwicklung zum Agrarstaat nötig, die angesichts der bisherigen umgekehrten Entwicklung sich nur langsam vollziehen könnte.

Was soll aber für die nächste Zukunft werden?

Der alte Zustand wird sich nach dem Kriege nicht gleich wieder herstellen, die Grenzen werden sich nicht so schnell wieder öffnen. Unsere Feinde drohen mit dem Wirtschaftskrieg, sie können uns durch Zölle und Abgaben die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte unmöglich machen. Darum ist es ein Gebot der Stunde, daß wir uns auf eigene Füße stellen. Das kann am besten geschehen, wenn wir unsere Arbeit in eigenen Kolonien wieder aufnehmen. Das ist für uns eine zwingende Notwendigkeit. Denn Kolonien allein können uns die wirtschaftliche Freiheit bringen. Dazu ist es gar nicht nötig, daß sie uns unseren ganzen Bedarf an landwirtschaftlichen Rohstoffen liefern. Es genügt vielmehr schon, daß sie uns relativ kleine Mengen zur Verfügung stellen, damit wir die heimische Produktion ergänzen und feindliche Trusts bekämpfen können.

Vor dem Kriege ging die Tendenz aller Großmächte dahin, die freie Wirtschaft durch Schaffung eigener, geschlossener Wirtschaftsgebiete zu lockern. England und Frankrich wollten mit ihren Kolonien, Rußland und Amerika mit ihren riesigen, in verschiedenen Klimaten liegenden Gebieten geschlossene Wirtschaftsgebiete bilden, während Japan sich in China sättigen wollte. Dieser Entwicklung muß sich auch Deutschland anpassen, wenn es nicht verkümmern will.

Man hört oft von Kolonialgegnern sagen, was nützen uns Kolonien, wenn uns ein neuer Krieg doch wieder von der See abgesperrt! Das ist unrichtig. Zunächst ist es noch sehr fraglich, ob dieser Fall eintritt. Aber selbst wenn er wieder eintreten sollte, dann wäre unsere wirtschaftliche Lage mit Kolonien nicht ungünstiger als ohne Kolonien. Vor allen Dingen aber bauen wir unsere Wirtschaft doch für den Frieden auf und nicht für einen Krieg. Dabei können wir nicht mehr darauf verzichten, die besondere Produktionskraft der Tropen sonne zur Erzeugung hochwertiger Produkte für uns nutbar zu machen.

Moltkmann hat es einmal ausgesprochen, daß wir „zweierlei Landwirtschaft" treiben müssen, heimische und koloniale. Das hat auch die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft richtig erkannt, als sie eine Kolonialabteilung gründete. Und niemals war die Forderung „zweierlei Landwirtschaft" berechtigter als gerade jetzt.

In den Kolonien finden wir das Ackerland im Ueberfluß, das uns die heimische Scholle nicht bieten kann, und zwar in jeder klimatischen Lage und mit Böden aller Art und Güte. Viele der von uns so dringend benötigten Stoffe können bei uns überhaupt nicht erzeugt werden, wie Baumwolle und Kautschuk. Andere werden in den Kolonien billiger, besser und sicherer produziert, so daß es unrentabel wäre, den heimischen Boden damit zu belasten.

Dabei braucht die heimische Landwirtschaft nicht zu fürchten, daß ihr in ihrer kolonialen Schwester eine unliebsame Konkurrentin erwächst. Das hieße die Entwicklungsmöglichkeiten unserer Kolonien denn doch überschätzen. Die drei Jahrzehnte bisheriger deutscher Kolonialtätigkeit haben gezeigt, daß eine solche Furcht unbegründet ist. Eine willkommene Stütze, nicht aber eine unwillkommene Konkurrenz wollen wir mit unserer kolonialen Landwirtschaft der heimischen sein.

Eine Stütze aber nicht nur als Lieferantin, sondern auch als Abnehmerin. So werden z. B. die Kolonien stets Abnehmer für gutes Zuchtvieh sein und waren es vor dem Kriege schon. Und wenn wir wieder einen Bevölkerungsüberschuß haben, so werden die Kolonien deutsche Landwirte als Pflanzungsbeamte, deutsche Bauern als Ansiedler aufnehmen. Heimische und koloniale Landwirtschaft müssen sich ergänzen. Gemeinsam mit den heimischen Landwirten wollen wir in unserer kolonialen Landwirtschaft daran arbeiten, Deutschland wirtschaftlich frei zu machen. Daß die heimische Landwirtschaft zu dieser gemeinsamen Arbeit bereit ist, hat sie durch die Gründung einer Kolonialabteilung bei ihrer Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft bekundet.

Bekanntmachung.

Erhöhung der Höchstpreise für Käse in der Provinz Sachsen.

Auf Grund des § 3, Absatz 1, der Verordnung des Bundesrats über Käse vom 20. Oktober (R.-G.-Bl. S. 1175) und der Erlasse des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes vom 20. Juli 1917 A. II 8231 — und des Preußischen Staatskommissars für Volksernährung vom 3. August 1917 — VI b 3109 — II werden für den Umfang der Provinz Sachsen für den Verkauf von Käse folgende Höchstpreise festgesetzt:

§ 1.

	Detailverkaufspreis für 50 kg	Großhandelspreis für 50 kg	Kleinverkaufspreis für 0,5 kg
		M.	M.	M.
I. Hartkäse.			
1. Rundkäse nach Schweizer Art (Emmentaler) mit einem Fettgehalt von weniger als 30 vom Hundert, aber von wenigstens 25 v. H. der Trockenmasse	130	140	1.80
2. Tilsiter, Elbinger, Allstermarschkäse, Käse nach Holländer (Gouda, Edamer) Art und anderer Hartkäse mit einem Fettgehalt von wenigstens 25 v. H. der Trockenmasse	130	140	1.60
3. Tilsiter, Elbinger, Allstermarschkäse, Käse nach Holländer (Gouda, Edamer) Art und anderer Hartkäse mit einem Fettgehalt von wenigstens 10 v. H. der Trockenmasse	90	100	1.20
II. Weichkäse.			
1. Weichkäse nach Camembert, Brie, Neufchateller, Münster Art mit einem Fettgehalt von wenigstens 25 v. H. der Trockenmasse	130	140	1.60
2. Weichkäse mit einem Fettgehalt von wenigstens 25 v. H. der Trockenmasse in Stücken von 60 oder 120 g verpackt (Frühstücks- oder Delikatesskäse)	110	120	1.45
3. Weichkäse nach Camembert, Brie, Neufchateller, Münster Art mit einem Fettgehalt von wenigstens 10 v. H. der Trockenmasse	104	114	—
4. Weichkäse nach Limburger Art (Backstein- und Romadurkäse) mit einem Fettgehalte von wenigstens 15 v. H. der Trockenmasse	78	88	1.03
in Stücken von 60 oder 120 g verpackt (Frühstücks- oder Delikatesskäse) mit einem Fettgehalt von wenigstens 15 v. H. der Trockenmasse	90	100	1.15
5. Weichkäse nach Limburger Art (Backstein- und Romadurkäse) mit einem Fettgehalt von wenigstens 10. v. H. der Trockenmasse	70	80	0.95
in Stücken von 60 oder 120 g verpackt (Frühstücks- oder Delikatesskäse) mit Fettgehalt von wenigstens 10 v. H. der Trockenmasse	84	94	1.09
6. Weichkäse mit einem Fettgehalt von weniger als 10 v. H. der Trockenmasse	65	75	0.90
III. Quarg und Quargkäse.			
1. Gepreßter Quarg (Rohstoff für Quargkäse) mit einem Wassergehalte von höchstens 68,5 v. H.	65	—	—
2. Speisequarg mit einem Wassergehalt von höchstens 75 v. H.	62	—	0.74
3. Frischer leicht angereifter Quargkäse (Harzer, Mainzer, Spitz-, Stangen-, Faust- und ähnlicher Käse)	84	94	1.09
4. Gereifter Quargkäse (Harzer, Mainzer, Spitz-, Stangen-, Faust- und ähnlicher Käse) mit einem weißen Kerne von höchstens zwei Dritteln der Schnittfläche	104	114	1.29
IV. Molkeneiweiß.			
Molkeneiweiß (Mährin) aus der Molke durch Erhitzen und Kalkzusatz gewonnenes Eiweiß mit einem Wassergehalt von höchstens 68 v. H.	80	90	1.10

§ 2. Im übrigen behält es bei den Vorschriften der Verordnung des Bundesrates über Käse vom 20. Oktober 1916 (R.-G.-Bl. S. 1175) sein Bewenden.

§ 3. Diese Bekanntmachung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Magdeburg, den 17. Februar 1918.

Der Oberpräsident.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur Kenntnis gebracht.

Halle, den 25. Februar 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des für das Rechnungsjahr 1918 erforderlichen Bedarfs an Zeichenbogen, nämlich
2500 Zeichenbogen 50/65 cm und
1000 Bogen Schoellerhammer 50/65 cm
nach den im Bureau der Schulverwaltung ausliegenden Mustern soll vergeben werden.

Angebote sind unter Beifügung von Proben bis zum 1. März d. J. vormittags 11 Uhr, an das vorgenannte Bureau, Rathausstraße 6 m einzureichen, wo auch die Lieferungsbedingungen zur Einsichtnahme ausliegen. Die Proben derjenigen Lieferanten, welchen der Zuschlag erteilt wird, werden im Schulbureau zurückbehalten, alle übrigen Proben aber auf Verlangen bis zum 31. März 1918 zurückgegeben.

Die Angebote, auf welche bis zum 25. März d. J. keine Antwort erfolgt ist, sind nicht berücksichtigt worden.

Auswärtige Lieferanten können den Zuschlag nicht erhalten.

Halle, im Februar 1918.

Der Magistrat.

Alte, abgespielte auch 511] zerbrochene
Grammophon-Platten
kauft zu festgesetzten Preisen ohne Gegenkauf
Gustav Uhlig
Uhren u. Musikwerke, untere Leipziger Str.
Sonntag geöffnet von 7,30 bis 9,30 Uhr vorm. und mittags von 11,30 bis 1,30 Uhr.

Schuhe und Stiefel
werden besohlt und repariert [900
Burgstraße 48, p. r.

Schmiede, Schlosser Stellmacher und Zimmerleute
werden eingestellt. [917
Jul. Berger
Tiefbau A.-G., Bauführung Körbisdorf.

Erdarbeiter
werden gesucht durch [916
Jul. Berger, Tiefbau A.-G.
Bauführung Körbisdorf bei Meuselwitz.

Bund der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer
Ortsgruppe Halle, Südstraße 8.
Sonnabend, den 2. März,
im Markgrafen, Brüderstraße 7,
abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlung.
Auskunft und Beratung jeden Mittwoch 5 bis 8 Uhr Südstr. 8.
Noch fernstehende Kameraden sind willkommen. [920
Der Vorstand. A. Bartels.

Die Internationalität und der Krieg
von Karl Kautsky — Preis 20 Pf.
Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie
von Hermann Wendel — Preis 40 Pf.
Zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme, Halle
Gr. Ulrichstraße 27.

3 Könige Varieté Kl. Klausstr. 7
Das neue humoristische Programm
Neue Possen: **Die verhexten Möbel,**
Distelfink will sich scheiden lassen 1902
Urkomisch! Größter Heiterkeitserfolg! Urkomisch!

Ich zahle für jedes Goldstück den vollen Betrag
und gebe außerdem eine kl. Tafel feinster holländischer
Speise-Schokolade
umsonst während der Zeit von heute b. nächsten Sonnabend
Paul Fritzsche 899]
Drogerie, Delitzscher Str. 74

Für unsere Abteilung
Rohr-Montage
suchen wir noch einige geübte
Rohrbieger.
Aschersleber Maschinenfabrik A.-G. [919
Aschersleben.

Arbeiter,
abonniert die Volksstimme!

Alte Promenade 11a U.T **Leipziger Straße 88**
Fernruf 5738. Fernruf 1224.

Waldemar Psilander
(als Schmied und als Fabrikherr) in:
Das zweite Ich.
922] Drama in 3 Akten.

Erika Glässner in:
Gesucht ein Mann, der ein Mann ist.
Lustspiel in 3 Akten.

Erna Morena in:
Der Ring der Giuditta Foscari.
Filmspiel in 3 Abteilungen.

Trudes Geheimnis.
Lustspiel in 2 Akten.

Ich suche eine Frau.
Ulk in 1 Akt.

Ab Freitag den 1. März

Alte Promenade 11a U.T **Leipziger Straße 88**
Fernruf 5738. Fernruf 1224.

Das Rätsel von Bangalor.
Ein indischer Liebesroman
923] in 5 Abteilungen.

Henny Porten in:
Edelsteine.
Drama in 4 Akten.

Beginn in beiden Theatern täglich 3 Uhr

Handschuhe
große Auswahl
: Gegr. 1853 : **F. C. Siebert** Fernruf 2363.
Untere Leipziger Straße 9, gegenüber der Kirche.

Wir bitten, bei allen Einkäufen unsere Inserenten berücksichtigen zu wollen!

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 49. Halle, Mittwoch den 27. Februar 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 27. Februar 1918.

Krieg und Geschlechtsmoral.

Ehen, die nicht im Himmel geschlossen werden.

Nach Erklärungen vieler Religionsstreiter soll der Weltkrieg in religiöser Beziehung günstig auf den einzelnen gewirkt haben. Nimmt man jedoch große bürgerliche Zeitungen in die Hand und liest beispielsweise nur die spaltenlangen Heiratsmärkte, dann merkt man von der religiösen Vertiefung herzlich wenig.

Ehen werden nach der Religionslehre bekanntlich im Himmel geschlossen. Die Eheschließung auf Erden ist jedoch für die Zeitungskapitalisten ein sehr einträgliches Geschäft. Ganze Seiten füllen die Heiratsannoncen der Selbstinserenten und der gewerblichen Vermittler. Die Welt ist anstatt religiöser, sehr profanisch geworden, wie die Ernährungsfrage jedermann zeigt. Draußen sinkt die Blüte der Nation hin, drinnen werden fein säuberlich nach Geld, Geschäft, Erbe und Titel die Heiratskandidaten und -kandidatinnen geordnet, wie man sonst einen preisgekrönten Ochsen, einen gelehrigen Papagei oder die Zuchtkaninchen anbietet.

Liebe, das Fundament der Ehe, persönliche Achtung, die zur dauernden ehelichen Verbindung gehört, wie das liebe Brot zum Leben, sind beim modernen Heiratsmarkt überflüssige Sachen. Die Hauptsache ist bei den einen recht viel Geld, bei den anderen recht bald unter die Haube zu kommen. Bei anderen spielt das Weib oder der Mann als Person keine Rolle: um das Geschäft zu vergrößern, wird Kapital gesucht, was für ein Lebensgefährte damit in Kauf genommen werden muß, ist Nebensache. Andere wieder benutzen den Heiratsgerichtsmarkt, um ein lustiges Weibchen oder einen flotten Mann zum Zeitvertreib zu finden.

Aus Sonntagsausgaben zweier Berliner Blätter greifen wir nur einige Annoncen heraus (es wimmeln derer Hunderte in den zwei Blättern herum).

Da sucht eine gewerbsmäßige Vermittlerin, die ihre guten Beziehungen zur Aristokratie betont, geeignete Gatten für Millionärinnen. Die Dame, die für gutes Geld die Herzen zusammenschmiedet, läßt ihre Klienten sogar einen Blick in die Zukunft tun, indem sie in ihrer Annonce hervorhebt, daß jetzt die denkbar günstigsten Chancen für eine sorgenfreie Zukunft mit glücklichem Heime vorhanden sind. Ebenfalls etwas für Kriegsgewinnler und Lebensmittelwucherer hat eine andere Vermittlerin auf Lager. Sie kann aber infolge der gesellschaftlichen Stellung ihres Mannes nicht mit dem Namen an die Oeffentlichkeit treten. Diese seriöse, verheiratete Vermittlerin vermittelt dafür aber reiche Ehen durch Anbahnung in gesellschaftlicher Form. Da werden dann die Kandidaten und Kandidatinnen zu einem Teechen oder kleinem Gesellschaftsabend geladen und vorgestellt. Klappt das Geschäft, so streicht die Vermittlerin ihre nicht kleine Provision ein; klappt es nicht, so wirds bei dem nächsten Zusammensein etwas deutlicher arrangiert; die Bemerkung, daß die Partie anderweitig zustande kommi, hilft dann noch ein bißchen nach.

Eine weitere Vermittlerin hat Kommerzienratstöchter, die eine 35jährig mit 100 000 Märker, die andere 35jährig aber auch mit großem Vermögen, auf dem Lager. Daß sehr viele dieser angepriesenen Partien nur „Lockvögel" sind, kann sich der Leser vorstellen. Für diese Vermittlerinnen handelt es sich vor allem darum, erst einmal Adressen von Heiratslustigen zu erhalten. Haben sie die Adressen, dann werden diejenigen, die auf diesem „nicht mehr ungewöhnlichem Wege ihr Glück suchen", mit Musterkollektionen bedacht.

Neben diesen von gewerbsmäßigen Vermittlerinnen ausgehenden Offerten, findet man je nach Art der Zeitung auch einfachere Heiratsannoncen, die nichtsdestoweniger einen Einblick in das Gebiet der moralischen Wegwerfung vieler Männer und Frauen gewähren. Da sucht zum Beispiel im Berliner Tageblatt ein 40jähriger Cafetier „seinen idealen Lebensanschauungen entsprechend" eine Lebensgefährtin, da er, so schreibt er im Inserat, „wie man sagt, wie geschaffen zum Ehemann ist". In demselben Blatt sucht „ein intelligenter einfacher Herr, dunkelblond, mit gestutztem Schnurrbart und Augengläser tragend", die Bekanntschaft einer Dame. Dieser Mann mit gestutztem Schnurrbart sieht weniger auf Schönheit, wenn ein größeres Vermögen vorhanden ist. Selbst körperliche Gebrechen genieren ihn nicht. Mehr kann man doch nicht verlangen. Je größer der Buckel, desto größer der Geldsack, denkt er jedenfalls.

In einem anderen Berliner Blatt sind zwar keine Millionärinnen zu verschachern, aber die Heiratslustigen fragen dort ebensowenig nach Idealen und Liebe. Geld oder Geschäft ist auch hier beim Mittelstandspublikum die Losung. Ein Elektriker sucht eine Dame mit 2000 Mark Vermögen, um Material einzukaufen. Die Dame, ob jung oder alt, ist Nebensache. Für 2000 Mark will er sein Lebensglück riskieren. Eine Witwe sucht einen Herrn in guter Stellung, der aber in seiner freien Zeit Lust hat, sich im Kohlengeschäft zu betätigen. Da werden wohl nicht viele anbeißen. Erst tagsüber arbeiten, und dann abends Preßkohlen austragen .... Ein Varietekünstler, der weltgereist ist, hat nirgends ein Goldfischlein gefunden. Nun soll ihm die Zeitungsannonce eins verschaffen. Bescheidener ist eine 55jährige alleinstehende Frau, die einen Ehegatten sucht, aber schließlich auch mit einer Wirtschaftsstellung sich zufrieden gibt. Nach direkter Kuppelei riecht eine Offerte in demselben Blatt, in der vier Kriegerwitwen, „sehr lustig", Herrenbekanntschaft suchen, zur neuen Ehe eine gute Vorbedingung! Ins ähnliche Gebiet gehört eine Annonce, wonach „2 neumärkische Dorfschwalben durch netten Briefwechsel gern etwas Sonne und Fröhlichkeit in ihr Nest tragen möchten". Erwähnen wir noch den „18jährigen Mann", der die Bekanntschaft — nicht wie der Leser meint, des Rohrstocks, sondern einer „liebevollen Dame" sucht, so dürfte an den paar Beispielen gezeigt sein, wie interessant „belehrend" diese bürgerliche Blätter sind.

Im redaktionellen Teil wird wacker für die Erhaltung der guten Sitten und der Religion gestritten und hinten werden durch Annoncen, die den Blättern ein schönes Stückchen Geld einbringen, Ehen vermittelt, von denen man bei vielen den Ausgang dann nach einiger Zeit wieder unter der Rubrik „Gerichtssaal" nachlesen kann. Dann wird allerdings mit züchtigem Augenaufschlag Zeter und Mordio geschrien, statt an das Dichterwort zu denken:

Das Leben ist der Güter höchstes nicht;
der Uebel größtes aber ist die Schuld.

Das Blatt der Sozialdemokratie

ist nach dem Abzug der ultraradikalen Unabhängigen für den gesamten Regierungsbezirk Merseburg einzig und allein

die Volksstimme

Kein anderes Blatt außer ihr hat ein Anrecht darauf, sich sozialdemokratisch zu nennen. Am allerwenigsten können das die beiden Blätter in Halle und Zeitz tun, die mit dem Abschwenken ihrer Mandatgeber ins unabhängige Lager den Charakter von sozialdemokratischen Zeitungen verloren haben.

Wer Sozialdemokrat ist

— und wer wäre das wohl heute nicht im Grunde seines Herzens als Angehöriger des arbeitenden Volkes, unter den jetzigen überwältigend großen Zeitereignissen, die nach einer Radikalisierung aller Verhältnisse geradezu drängen —, oder wer auch nur sich

über die Sozialdemokratie orientieren

will, der muß die Volksstimme lesen. Denn sie allein verfechtet die Interessen der Sozialdemokratie, wie es sich gebührt, und sie allein berichtet wahrheitsgemäß über ihre Haltung zu allen schwebenden Ereignissen.

Darum haltet die Volksstimme!

Soziale Mängel in Halle.

Der Durchschnittswert der Sachbezüge, die viele Personen statt des Gehalts oder Lohnes oder neben ihm vom ihrem Arbeitgeber oder „drittenʺ als Entschädigung für ihre Arbeitsleistung erhalten, ist für eine Reihe von Vorgängen zu verschiedenen Berechnungen sehr wissenswert. So gelten z. B. für das ganze Gebiet der Sozialversicherung solche Sachbezüge (völlige oder teilweise Beköstigung, freie Wohnung usw.) als „Entgeltʺ und werden dem Barlohn zugerechnet. Um hier Richtlinien zu haben, bestimmt § 160 der Reichsversicherungsordnung, daß der Wert der Sachbezüge nach Ortspreisen berechnet wird, die das Versicherungsamt festsetzt.

Das Versicherungsamt der Stadt Halle a. S. hat z. B. folgende noch jetzt gültigen Sätze festgesetzt: 1. für Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung, Handlungsgehilfen usw. für völlig freie Station einschließlich Wohnung und Heizung 2 M. pro Tag, für Verpflegung allein 1.50 M., für Mittagessen 45 Pf., Abendbrot 35 Pf., erstes Frühstück 15 Pf., usw. 2. für Gewerbegehilfen jeder Art, ungelernte Arbeiter beiderlei Geschlechts, weibliche Handlungsgehilfen usw. für völlig freie Station einschließlich Wohnung 1.50 M. pro Tag, für Verpflegung allein 1.20 Mark, für Mittagessen 35 Pf., Abendbrot 30 Pf., 2. Frühstück 15 Pf., Vesper 15 Pf. usw. 3. für weibliche Dienstboten jeden Alters, Aufwärterinnen, Waschfrauen und sämtliche gewerblichen Angestellten unter 16 Jahren für völlig freie Station je Tag 1.25 M., für Verpflegung allein 1 M., für Mittagessen 30 Pf., Abendbrot 25 Pf., erstes Frühstück 10 Pf., zweites Frühstück 15 P., Vesper 10 Pf. usw.

Es bedarf wohl keiner Begründung weiter, wenn wir sagen, daß diese Sätze heute längst unzureichend sind. Das bedeutet aber eine Schädigung der betreffenden Personen. Sie sind z. B. in der Krankenversicherung in viel zu niedrigen Lohnklassen und erhalten im Falle der Erwerbsunfähigkeit ein viel zu niedriges Krankengeld. Dasselbe gilt entsprechend auch für die Renten in der Invaliden- und Unfallversicherung. Bei Dienstboten gelten die Sätze in der Regel auch für die Entschädigungen von der Dienstherrschaft für die kündigungslose Entlassung usw.

Während des Krieges ist (auch in Halle) schon wiederholt petitioniert worden, daß die Sätze den veränderten Verhältnissen angepaßt werden mögen. Dieses berechtigte Verlangen ist aber immer abgelehnt worden. Das Versicherungsamt der Stadt Halle begründete die Ablehnung damit, daß die Teuerung nur eine vorübergehende sei und nach dem Kriege wieder normalen Verhältnissen weichen würde. Andere Versicherungsämter erklärten, daß jetzt rechtlich eine Neufestsetzung überhaupt nicht zulässig sei.

Durch Vermittlung der Zentralverbände der Ortskrankenkassen, Hausangestellten usw. ist jetzt wenigstens erwirkt worden, wie wir bereits mitteilten, daß die preußischen Minister für Handel, Gewerbe und Landwirtschaft eine Verordnung erlassen haben, die den Versicherungsämtern die Nachprüfung freistellt. Sollen, so heißt es darin, die bestehenden Sätze mit den tatsächlichen Verhältnissen in großem Gegensatz stehen, so soll eine anderweite Festsetzung stattfinden.

Hoffen wir, daß auch das Versicherungsamt der Stadt Halle den Anregungen entspricht.

* **Der Beamtenausschuß gegen den Oberbürgermeister.** Der Hallesche Beamtenausschuß hielt jetzt wieder eine Sitzung ab, die auch einiges öffentliche Interesse beanspruchen darf. Einleitend gab der Vorsitzende, Abg. Delius, seiner Freude über den ersten Friedensschluß Ausdruck, dem hoffentlich bald der allgemeine Frieden folgen werde. Gerade die Beamtenschaft, die neben dem Mittelstand in dieser Zeit so schwer leide, habe das größte Interesse an der möglichst baldigen Beendigung des Krieges. Der „Volksbund für Freiheit und Vaterland", dem sich sämtliche Beamtenverbände der Interessengemeinschaft angeschlossen hätten, werde auch in Halle in Wirksamkeit treten. Dann berichtete der Stadtverordnete Balke über die Teuerungszulagen an die städtischen Beamten. Hierbei nun erklärte er die Art, wie der Oberbürgermeister die einmalige Teuerungszulage abgewiesen habe, nicht für glücklich. Außerdem bezeichnete er die Entlohnung der Hilfskräfte als zu niedrig. Der Vorsitzende stellte fest, daß die Aeußerung des Oberbürgermeisters über die zu befürchtende unzweckmäßige Verwendung der einmaligen Teuerungszulage nicht nur der städtischen, sondern der gesamten Beamtenschaft ein schlechtes Zeugnis ausstelle, gegen das Verwahrung eingelegt werden müsse. Die Behauptung entbehre völlig der Begründung. Zugegebene Einzelfälle rechtfertigten ein solches Urteil nicht. Im übrigen aber gebe auch er seiner Befriedigung über die Höhe der Zulage Ausdruck. Wenn damit auch noch nicht das Einkommen der Staatsbeamten erreicht werde, so sei doch ein sehr erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen. Ein dem Vorstande angehöriger städtischer Beamter schloß sich den Ausführungen des Stadtverordneten Balke an. Vom kleinen Unstimmigkeiten abgesehen sei die Beamtenschaft mit der Regelung zufrieden. Herr Sperl hielt es für richtig, daß gegen die Aeußerungen des Oberbürgermeisters in der Versammlung Stellung genommen würde. Nach einem Bericht des Vorsitzenden über den Stand der staatlichen Teuerungszulage brachte der Stadtverordnete Balke die Sprache auf die Verschuldung der Beamten, und wies auf die Unmöglichkeit hin, gegenwärtig Wäsche und Kleidungsstücke anzuschaffen. Hierzu müßten außerordentliche Mittel aufgewendet werden. Ein Vertreter des Vereins der Ruhestandsbeamten behandelte die besonders drückende Notlage der Pen-

Das Abenteuer der Neujahrsnacht.

18] Novelle von Heinrich Zschokke.

Philipp gewann durch die leutselige Anrede des alten Königs wieder Mut, und beichtete beherzlich, was er getan und erlebt hatte, von Anfang bis zu Ende. Doch war er klug und bescheiden genug, das zu verschweigen, was er in seiner Prinzenrolle von den Höflingen gehört hatte, und wodurch Julian hätte in Verlegenheit gesetzt werden können. — Der König lachte bei der Erzählung einige Mal laut auf; dann bat er noch einige Fragen über Philipps Herkunft und Beschäftigung, nahm ein paar Goldstücke vom Tische, gab sie ihm und sagte: „Nun geh' du, mein Sohn, und warte deines Berufs. Es soll dir nichts Leides geschehen. Aber entdecke keinem Menschen, was du in dieser Nacht getrieben und erfahren hast. Das befehle ich dir. Nun geh'!"

Philipp fiel dem König zu Füßen und küßte dessen Hand, indem er einige Worte des Dankes stammelte. Als er wieder aufstand, um fortzugehen, sagte Prinz Julian: „Ich bitte unterthänigst, daß Ihre Majestät dem jungen Menschen erlauben wolle, draußen zu warten. Ich habe ihm für das Ungemach, das ich ihm diese Nacht verursachte, noch eine kleine Schuld abzutragen."

Der König nickte lächelnd mit dem Kopfe, und Philipp entfernte sich.

„Prinz!" sagte der König, und warnte drohend mit dem aufgehobenen Finger: „Ein Glück für Sie, daß Sie mir die Wahrheit sagten! Ich will auch diesmal noch Ihren wilden, übernen Possen Verzeihung widerfahren lassen. Sie hätten Strafe verdient. Noch einmal solch' ein Nachtabenteuch, und ich werde unerbittlich sein. Nichts wird Sie dann entschuldigen. Die Geschichte mit Herzog Hermann muß ich noch näher kennen. Gut, wenn er fortgeht; ich mag ihn nicht. Von dem, was Sie über den Polizei- und Finanzminister sagten, erwarte ich ebenfalls Beweise. Gehen Sie jetzt, und geben Sie dem jungen Gärtner ein Trinkgeld. Er hat in Ihrer Maske vernünftiger gehandelt, als Sie in der seinigen."

Der Prinz verließ den König. Er legte in einem Nebenzimmer den Ballanzug ab, den Ueberrock an, ließ Philipp rufen und befohl ihm, mit ihm in seinen Palast zu gehen. Hier mußte Philipp alles, was er als Stellvertreter Julians auf dem Ball vernommen und gesprochen, Wort für Wort erzählen. Philipp gehorchte. Julian klopfte ihm auf die Schulter und sagte: „Höre, Philipp, du bist ein gescheiter Kerl. Dich kann ich gebrauchen. Ich bin zufrieden mit dir. Was du in meinem Namen dem Kammerherrn Pilzow, der Gräfin Bonau, dem Marschall und seiner Frau, dem Oberst Kalt, dem Finanzminister und den übrigen gesagt, finde ich ganz vernünftig, und ich will es ansehen und halten, als hätte ich es selbst gesagt. Dagegen mußt du zu den Versen stehen, die ich in deinem Namen als Nachtwächter gesungen habe. Du wirst zur Strafe deines Nachtwächterdienstes entsetzt werden; das laß dir gefallen. Dafür mache ich dich zum Schloßgärtner bei mir. Ich übergebe dir meine Gärten von den beiden Schlössern Heimleben und Quellental. Das Geld, welches ich deiner Braut gegeben, soll ihre Aussteuer bleiben, und den Wechsel des Marschalls Blankenschwerd löse ich auf der Stelle bei dir mit fünftausend Gulden ein. Jetzt geh', diene mir treu und führe dich gut auf."

15.

Wer war glücklicher, als Philipp! Er flog in vollem Sprung zu Röschens Haus. Noch war Röschen nicht zu Bette; sie saß mit ihrer Mutter am Tische und weinte. Er warf die volle Börse auf den Tisch und sagte atemlos: „Röschen, das ist deine Aussteuer! und hier fünftausend Gulden, die sind mein. Ich habe als Nachtwächter Fehler gemacht; dafür verliere ich die Anwartschaft auf des Vaters Dienst, und übermorgen ziehe ich als Schloßgärtner des Prinzen Julian nach Heimleben. Und Ihr, Mutter, und Röschen müßet mit mir nach Heimleben. Mein Vater und meine Mutter müssen auch mit mir. Ich kann euch nun wohl alle ernähren. Juchhey! Gott gebe allen guten Leuten ein solch' gutes Neujahr!"

Mutter Bittner wußte nicht, ob ihren Ohren trauen bei Philipps Erzählung, und ihren Augen beim Anblick des vielen Geldes. Aber als Philipp ihr alles und wie es gekommen, doch eben nicht mehr als zu wissen nötig war, erzählt hatte, stand sie schluchzend auf, umarmte ihn mit Freuden und legte dann ihre Tochter an sein Herz. Nun lief oder tanzte die freudetrunkene Frau im Zimmer herum, fragte: „Wissen das alles auch dein Vater und deine Mutter schon?" und da es Philipp verneinte, rief sie: „Röschen, mache Feuer an, tue Wasser über, koche einen guten Kaffee für unser Fünf!" nahm ihr wollenes Mäntelchen, wickelte sich hinein und ging zum Hause hinaus.

Röschen aber vergaß an Philipps Herzen Feuer und Wasser. Sie standen noch in fester Umarmung, als Frau Bittner zurückkam, begleitet vom alten Gottlieb und Mutter Käthe. Die umringten segnend ihre Kinder; Mutter Bittner wollte sie Kaffee, mußte ihn selber kochen.

Daß Philipp den Nachtwächterdienst einbüßte, daß Röschen nach vierzehn Tagen seine Frau ward, daß beide mit ihren Eltern nach Heimleben zogen — das gehört nicht zum Abenteuer der Neujahrsnacht, welches niemandem verderblich ward, als dem Finanzminister Bodenlos. Man hat auch seitdem nicht gehört, daß Prinz Julian ähnliche Geniestreiche gemacht habe.

Ende.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775191802 27-11/fragment/page=0005

schäre. Schließlich wurde noch lebhafte Klage über die unzweckmäßige Ausgabe der Petroleummarken geführt; die Kaufer müßten unnötigerweise an den Verteilungsstellen stundenlang warten. — Was hier gegen den Oberbürgermeister gesagt worden ist, mag alles ganz gut und schön sein. Aber eine Frage erhebt sich doch, wenn man steht, auf welche Art der Beamtenausschuß seinem Herzen Luft macht: Warum der Stadtverordnete Balle samt den übrigen „Beamtenfreunden" unter den Stadtverordneten alles das nicht im Stadtverordnetenkollegium gesagt haben. Dort wäre doch der berufene Ort dafür gewesen, und von dort aus, gleich als Antwort auf die Schulmeistereien des Oberbürgermeisters, wäre auch die beste Wirkung ausgegangen. Statt dessen verkriecht man sich in den Beamtenausschuß und ballt dort die Fäuste, noch dazu sechs Wochen nachher. Das ist nicht gerade ein Heldenstreich, Oktavio! Aber daran ist man ja in Halle schon gewöhnt. Redet der Oberbürgermeister einmal etwas, und sei es selbst das stärkste Zeug, dann hören sämtliche bürgerliche Stadtverordnete andachtsvoll zu und schlucken alles ehrfurchtsvollst hinunter, aber eine kräftige, ehrliche Opposition wagen sie nicht.

* **Fahrplanänderungen.** Von Freitag, den 1. März an fallen folgende Züge bis auf weiteres aus: 3 zwischen Frankfurt a. M. und Halle (an 7,23 Uhr); 8 zwischen Halle (ab 7,33 Uhr) und Eisenach; D 203 Frankfurt a. M.— Halle ab (5,57 Uhr) — Berlin (an 8,36 Uhr); D 206 Leipzig (ab 10,37 Uhr) — Weißenfels (ab 11,28 Uhr) — Frankfurt a. M.); D 238 Berlin (ab 7,03 Uhr) — Halle (ab 9,50 Uhr) — Frankfurt a. M.; D 241 Frankfurt a. M. — Weißenfels (ab 3,54 Uhr — Leipzig (an 4,45 Uhr).

* **Indirekte Erhöhung der Kohlensteuer?** Aus rheinisch-westfälischen Kreisen wird die angeblich von parlamentarischer Seite angeregte Idee aufgegriffen, das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat solle die im Auslandsgeschäft erzielten Ueberpreise mit Rücksicht auf die bis ganze Jahr 1917 an das Reich abführen, und für den Fall, daß dieser Vorschlag durchdringe, halte man in den Kreisen der Rohkohlenzechen eine ansehnliche Preiserhöhung im Inland für dringend notwendig. Wir glauben wohl, daß den Zechen eine ansehnliche Erhöhung der Inlandspreise lieber ist als die Möglichkeit, die im Auslande erzielten Ueberpreise wie bisher zum größten Teil für sich zu behalten. Ihre Gesamtertragnisse würden sich dadurch nicht verschlechtern, sondern eher verbessern. Im Interesse der inländischen Konsumenten läge aber eine derartige Regelung keineswegs. Sie müßten die Summen, die dem Reich aus den Auslandsverkäufen zufließen würden, aus ihrer Tasche bezahlen, was praktisch auf eine Erhöhung der schon an und für sich recht drückenden Kohlensteuer hinauslieke. Gewiß ist die Frage zu prüfen, ob die Kohlenzechen einen Teil der von ihnen im Auslandsgeschäft erzielten Ueberpreise angesichts der angemessenen Gesamtrentabilität ihrer Betriebe an das Reich abführen könnten. Eine Steigerung der Inlandspreise über den gewöhnlichen von Zeit zu Zeit erforderlich werdenden Umfang hinaus darf sich aber hieraus nicht ergeben. Einer von den Zechenbesitzern gefoderten „ansehnlichen" Daraufsetzung der Inlandspreise wäre immer noch der jetzige Zustand vorzuziehen, den man die hohen Auslandspreise dazu benutzt werden, um die an sich vielleicht mäßigen Erträgnisse aus dem Verkauf mancher Kohlensorten im Inland auszugleichen.

* **Zur Gewährung von Lebensmittelzulagen für Schwerarbeiter** wird vom Magistrat folgendes bekannt gegeben. Nach den Anordnungen der zuständigen Stellen sind die besonderen Zulagen an Lebensmitteln für Schwer- und Schwerstarbeiter nur für solche Personen bestimmt, welche schwere körperliche Arbeit zu leisten haben und diese Arbeit auch tatsächlich verrichten. Diejenigen Arbeiter, die nicht wirklich arbeiten, haben keinen Anspruch auf Lebensmittelzulagen, ihnen sind diese Zulagen zu entziehen. Nach diesen Grundsätzen wird in Zukunft streng verfahren werden.

* **Gegen den Schleichhandel der Fabriken.** Nach einer Mitteilung des Düsseldorfer Regierungspräsidenten steht das Verbot bevor, daß industrielle Werke Schleichhandelswaren beziehen und in den Fabriken verteilen lassen. Die noch vorhandenen Bestände sollen festgestellt und für die von einer Industrieversorgungsstelle zu regelnde Verteilung an die Arbeiter erfaßt werden. Diese Stelle erhält auch die auf der Bahn beschlagnahmten Waren.

* **Preisangebote für Lebensmittel auf Postkarten sind genehmigungspflichtig.** In periodischen Druckschriften oder in sonstigen „Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind", dürfen ohne vorherige Genehmigung der Polizeibehörde Aufforderungen zur Abgabe von Preisangeboten auf Lebens- oder Futtermittel ebensowenig veröffentlicht werden wie Verkaufsangebote über solche Waren. Was unter „Veröffentlichung in periodischen Druckschriften" zu verstehen ist, unterliegt kaum einem Zweifel, anders dagegen der Begriff der „sonstigen Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind". Insofern ist der Verstoß nahe, mit Hilfe dieses Begriffes die ganze Veröffentlichungsbestimmung zu umgehen, und es sind manche dahin gehenden mehr oder weniger erfolgreichen Schritte unternommen worden. Dem Treiben hat jedoch jetzt das Kammergericht Abbruch getan, indem es sich zu einer sehr strengen Auffassung dessen, was unter „Mitteilungen für einen größeren Kreis von Personen" zu verstehen ist, bekannt hat. In den betreffenden Falle waren die Aufforderungen zur Abgabe von Preisangeboten auf Postkarten erfolgt, die nach und nach an einen Kreis von Interessenten geschickt wurden. Jede einzelne Mitteilung war also nur für einen Empfänger bestimmt, trotzdem kam aber das Kammergericht zur Verurteilung. Das Gericht sagt, die Mitteilung könne auch nach und nach geschehen, wenn sie nur von Anfang an für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sei. Ein solcher größerer Kreis sei jedoch schon daraus zu folgern, daß die Karten allmählich an sämtliche im Reichsadreßbuch für den fraglichen Geschäftszweig in Betracht kommenden Firmen gesandt werden sollten.

* **Die neue amtliche Sommerzeit wird demnächst wieder beginnen.** Der Uebergang soll sich in der Nacht von Osterssonntag auf Ostermontag, also am 1. April vormittags 2 Uhr, vollziehen. Als Schlußzeit ist der 30. September, vormittags 3 Uhr, ins Auge gefaßt.

* **Verkehrszeiten des Stadtbades.** Vom 1. März an ist das Römisch-irische Bad wie folgt geöffnet: für Herren Sonntags vormittags von 7½ bis 12 Uhr, Montags und Donnerstags vormittags von 7½ bis 1 Uhr. Dienstags nachmittags von 1 bis 7 Uhr, Freitags von 1 bis 8 Uhr, Mittwochs und Sonnabends vormittags von 7½ bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr, Sonnabends bis 8 Uhr; für Damen: Montags und Donnerstags nachmittags von 1 bis 7 Uhr, Dienstags und Freitags vormittags von 7½ bis 1 Uhr, Mittwochs und Sonnabends von 1 bis 4 Uhr. Die Schwimm-, Wannen- und Brausebäder sind für beide Geschlechter an den Wochentagen von früh 7½ bis 7 Uhr abends, Freitags und Sonnabends bis 8 Uhr abends, Sonntags von früh 7½ bis 12 Uhr mittags geöffnet. Vom 1. April an werden alle Bäder schon von früh 7 Uhr an offengehalten.

* **Keine Kriegsgefangenenpost nach Rußland mehr.** Unter Rücksichtnahme auf die veränderten politischen Verhältnisse ist der Austausch von Kriegsgefangenenpost mit Rußland durch die Front eingestellt worden. Da auch auf dem Wege über Schweden zur Zeit keine Beförderungsgelegenheit nach Rußland besteht, können bis auf weiteres keinerlei Postsendungen an Kriegsgefangene in Rußland angenommen werden. Dasselbe gilt für die bisher über Schweden und Rußland beförderten Postsendungen an Kriegsgefangene in Rumänien.

* **Die Eilzustellungen nach Landorten.** Viele Eilbriefsendungen und Eilpakete an Empfänger die im Landbestellbezirk einer Postanstalt wohnen, werden von den Absendern unzureichend freigemacht; oft werden dafür nur die Gebühren für die Eilbestellung im Ortsbestellbezirk (20 Pf. für Briefsendungen und 40 Pf. für Pakete) vorausbezahlt. Zur Fernhaltung von Weiterungen wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Vorausbezahlung des Eilbestellgeldes für Sendungen an Empfänger in Landorten ohne Postanstalt für Briefsendungen 60 Pf., für Pakete 90 Pf. zu entrichten sind.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater.

König für einen Tag. Romantisch-komische Oper von Adolphe Adam. Diesmal handelte es wieder um eine Art Ausgrabung, aber um keine von dem Wert etwa des Dittersdorfschen Operchens „Doktor und Apotheker". Die Musik, die Adam hier geschaffen hat, ist gewiß nicht ohne Reize. Sie gibt sich teilweise recht originell, bringt klangvolle Effekte zustande und wirkt vor allem durch eine glückliche Instrumentierung, die sich ebenso fähig an lyrischen Partien wie an dramatischen Stellen erweist. Aber daneben gibt es doch zu viel banale, ja geradezu auf den Ton der alten Singspielopern unfeilgen Angedenkens eingestellte Partien, die ausgesprochenermaßen ganz oberflächlich gearbeitet, nur auf den Effekt zugeschnitten sind und die einen reinen, ungetrübten Genuß der übrigen Teile immer wieder stören. Infolgedessen kommt dieser Musik keine besondere Bedeutung, noch weniger ein bestimmter Wert zu, den man gerade bei „Ausgrabungen" doch immerhin voraussetzen muß. Hinzu tritt, daß auch die ganze Handlung auf sehr schwachen Füßen steht und dem Zuhörer mitunter Dinge als glaubwürdig zumutet, die selbst bei einer Spielopen nicht durchgelassen werden können. Immerhin dürfte auch diese Oper noch manche Aufführung erleben.

Die Wiedergabe vermochte nicht in allen Teilen zu genügen. Wenn sie doch noch einigermaßen gut abschnitt, so ist das vor allem Herrn Alfred Ernesti zu danken, der mit seiner hellen, frischen und dabei äußerst modulationsfähigen Stimme, nicht weniger auch durch sein gewandtes Spiel einen recht wirkungsvollen Fischer Zephoris und Talmikönig hinstellte. Auch Herr Adalbert Lieban als Fischer Pfeser war recht gut, wenngleich diesmal mehr durch sein Spiel als seinen Gesang, der in der Höhe und Fülle nicht recht zureichte. Anerkennung verdienen auch Herr Emil Fischer als Prinz Kadoor und Frl. Anna Ennhardt als niedliche Zelide. Doch bei dem König des Herrn Georg Westernhagen trat schon die Güte des Gesanges zu viel hinter der des Spieles zurück, hauptsächlich infolge des gaumigen Charakters der Stimme dieses sonst so talentierten Künstlers. Die Prinzessin Nemea des Frl. Elisabeth Schwarz konnte gesanglich auf keinen Fall genügen, dazu langte es eben nicht infolge der Unergiebigkeit dieser Stimme nach verschiedenen Richtungen hin, so anerkennenswert auch wiederum das Spiel dieser Künstlerin war. Das Orchester war unter Herrn Nöhrens Leitung wieder vortrefflich, nur hätte es manchmal den Chor und die Solisten nicht gar zu sehr zudecken sollen. ew.

Stadttheater. Heute, Mittwoch, „Die Braut von Messina", Donnerstag „Iphigenie auf Tauris". In der am Freitag stattfindenden Erstaufführung des Lustspiels „Meine Frau, die Hofschauspielerin" von Möller und Sachs sind unter der Spielleitung von Adalbert Krimat beschäftigt die Damen Hartmann, Troeger, Grawit, Michael, die Herren Rehbach, Förster, Eckhardt, Trott, Friedrich, Kühn, Schreiber, Pahl und Monato.

Ueber die Mitwirkung von Mitgliedern des Stadttheaters bei Wohltätigkeits-Aufführungen wird uns von Herrn Direktor Sachse geschrieben: Die vielfache Inanspruchnahme der Mitglieder des Stadttheaters zu Mitwirkungen bei Wohltätigkeits- und ähnlichen Veranstaltungen veranlaßt mich, darauf hinzuweisen, daß ich Urlaub nur auf Grund einer von dem Vorstehenden des wirtschaftlichen Verbandes vortragender Künstler, Herrn Rechtsanwalt Dr. Graze, Beiderstraße 13, ausgestellten Bescheinigung gewähre und Anträge auf Mitwirkung nicht an mich, sondern an die genannte Stelle zu richten sind, welche das weitere veranlaßt.

Das Programm des vaterländischen Unterhaltungsabends, den der Hallesche Hausfrauenbund am 1. März in den Thalia-Sälen veranstaltet, hat noch eine wertvolle Bereicherung dadurch erfahren, daß ein von Cssi. Pölser für den Abend gedichtetes Eingangsgedicht von Frl. Käthe Meder gesprochen wird. Außerdem hat die Garnisonverwaltung das schon rühmlichst hervorgetretene Militär-Streichquartett der Herren Knoche, Bunke, Spädke, Tiedt für den Abend zur Verfügung gestellt, das einige Sätze aus Boccharini, Haydn und Mozart bringen wird.

Aus der Provinz.

Der Rhein—Weser—Elbe-Kanal.

Der Ausschuß zur Förderung dieses Kanals war dieser Tage in Hannover beisammen, um zur Fortsetzung des Mittelland-Kanals Stellung zu nehmen. Erschienen waren über 100 Vertreter von Städten, Handelskammern, industriellen Werken, vorwiegend Mitteldeutschlands, aber auch aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk, den Hansastädten und Berlin.

Nach längeren Darlegungen von Sachverständigen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

1. Die am 25. Februar 1918 tagende Generalversammlung des Ausschusses zur Förderung des Rhein—Weser—Elbe-Kanals begrüßt sich in der Ueberzeugung, daß die Fortführung des Mittellandkanals zur Elbe und zum Anschluß an die östlichen Wasserstraßen einem dringenden wirtschaftlichen und militärischen Interesse entspricht, und daß diese Fortführung des Mittellandkanals vor allen anderen Kanalplänen den Vorzug verdient.

2. Die Generalversammlung spricht die dringende Bitte aus, daß die Königl. Staatsregierung ohne Verzug an die Durchführung der erforderlichen Vorarbeiten herangehen und baldmöglichst die Ausführung des Planes in die Wege leiten möge.

3. Die Generalversammlung befürwortet eine Linienführung, welche Peine und Braunschweig berührt, Hildesheim durch einen Stichkanal anschließt, den Uebergang über die Elbe zum Anschluß nach dem Osten ermöglicht, eine günstige Verbindung mit dem Magdeburger Hafen erzielt und den Anschluß der Kaliindustrie in der Umgegend von Staßfurt sowie des Braunkohlenbezirks gestattet. Dabei erscheint die Ausführung von Talsperrenanlagen im Harzgebiete sowohl für die Speisung des Kanals wie zur Verbesserung des Niedrigwassers der Ströme als auch zur Förderung von Landeskulturinteressen verschiedener Art wünschenswert.

4. Die Generalversammlung hält die von Herrn Professor Franzius vorgeschlagene Linie einerseits wegen günstiger Befriedigung der dargelegten Bedingungen, anderseits in Anbetracht der Baukosten für die am meisten empfehlenswerte.

Die Gründung eines anhaltischen Gemeindetages

wurde in einer Versammlung der Bürgermeister und Gemeindevorsteher der kleineren Städte und Landgemeinden des Herzogtums Anhalt beschlossen, die in Bernburg unter Leitung des Bürgermeisters Steiger (Giesten) stattfand.

Bereits bei der letzten Tagung des Städteverbandes Sachsen-Anhalt in Magdeburg war unter den anhaltischen Bürgermeistern die Absicht erwogen worden, aus diesem Verband auszuscheiden und eine eigene Vereinigung zu gründen. Nunmehr wurde ein geschäftsführender Ausschuß gewählt, der die vorbereitenden Arbeiten für den ersten, in Giesten abzuhaltenden Gemeindetag übernehmen soll. Ihm gehören an die Bürgermeister Steiger (Giesten), Dannep (Roßlau), Schmidt (Harzgerode) und Retza (Hedlingen), sowie Stadtverordnetenvorsteher Kluge (Roßlau). Die Versammlung beschäftigte sich weiterhin mit der Frage der Ueberweisung von Lebensmitteln an die Gemeinden. Man beschloß, das Landesernährungsamt zu bitten, in seinem Beirat auch zwei Vertreter der kleineren Städte aufzunehmen. Hierfür wurden vorgeschlagen die Bürgermeister Dannep (Roßlau) und Knochenhauer (Sandersleben). Stadtrat Markgraf (Roßlau) sprach eingehend über kriegswirtschaftliche Maßnahmen und entfesselte damit eine sehr eingehende Aussprache. Auch über die Frage des Kleinwohnungsbaues nach dem Kriege wurde ausführlich verhandelt, ohne daß es zu einem Beschluß kam.

Merseburg. Städtische Knochen- und Wurstbrühe. Der Verkauf der Knochen- und Wurstbrühe, die aus der städtischen Wursterei anfällt, ist der Firma Friederike Vogel, Roßmarkt 17, übertragen. Die Abgabe der Knochenbrühe erfolgt Dienstags und Mittwochs nachmittags von 5 Uhr an zum Preise von 15 Pf. für das Liter, 8 Pf. für ein halbes Liter. Wurstbrühe wird am Freitag von 9 Uhr an abgegeben zum Preise von 6 Pf. für das Liter. Die Abgabe erfolgt nur gegen Vorlegung des Lebensmittelheftes. Auf den Kopf der Bevölkerung kann höchstens ein halbes Liter von jeder Sorte abgegeben werden.

— **Gestohlen** wurden nachts im Grundstück Clobicauer Straße 10 eine Anzahl Hühner und Kaninchen. Die Diebe waren von der Teichstraße aus in das Grundstück eingedrungen. Sie blieben unermittelt.

Merseburg. Die hiesige Stadtbrauerei hat an die Reichsregierung und die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs das Ersuchen gerichtet, von der Umwandlung der Braumalzsteuer in eine Fabrikatsteuer Abstand zu nehmen.

Weißenfels. Die nächste Auszahlung der Unterstützungsbeträge an die Angehörigen der zum Heeresdienst Einberufenen findet bei den bisherigen Zahlstellen in folgender Ordnung statt:

	Stadtsteuerkasse (Rathaus Nr. 4):	Stadthauptkasse (Rathaus Nr. 5):
Donnerstag, den 28. Februar:		
vorm. 8—10 Uhr Buchstaben:	A, S, St,	E, J, T, U, V, Z,
„ 10—1 „	Sch,	W.
Freitag, den 1. März:		
vorm. 8—10 Uhr Buchstaben:	K,	M, O,
„ 10—1 „	L, N,	P, Q, R.
Sonnabend, den 2. März:		
vorm. 8—10 Uhr Buchstaben:	B, C,	G.
„ 10—1 „	D, F,	H.

Weißenfels. Reformeifer. Vom hiesigen Uhrmacher Georg Lisk sind dem Reichstage Vorschläge zur Reform der Reichsteuern unterbreitet worden. Der Haushaltausschuß wird sich mit ihnen beschäftigen. Da jedoch dieser Ausschuß nicht jede ihm zugeschriebene Petition einzeln behandelt, wie es der Petitionsausschuß tut, sondern ihre Gesamtheit durch einen Referenten gemeinsam bearbeiten läßt, werden die Einzelheiten der Liskschen Vorschläge kaum zur Kenntnis des Plenums gelangen.

Weißenfels. Verlängerte Geschäftszeit. Vom 1. März an dürfen offene Verkaufsstellen Werktags während der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags und Mittwochs und Sonnabends bis 7 Uhr nachmittags für den Verkehr geöffnet sein.

— **Ertrunken** ist vor einigen Tagen in der Saale der 2½ Jahre alte Karl Jans, der Sohn einer Witwe aus der Leipziger Straße. Dieser Knabe hatte sich in Begleitung eines anderen Kindes in die Bürgerschule begeben, um seine Geschwister abzuholen. Da die Schule noch nicht beendet war, gingen die Kinder durch den Schulhof ans Ufer der Saale und spielten dort, wobei der Knabe ins Wasser fiel und ertrank. Die Leiche wurde nach einiger Zeit geborgen.

Zeitz. Verschüttet. Der Steiger Delitzsch aus Rositz und der Hauer Walther aus Zschernitzsch wurden am Sonnabend, kurz nach Beginn der Nachtschicht, auf der Grube 145 der Rositzer Braunkohlen-Aktien-Gesellschaft durch hereinbrechende Kohlen-, Sand- und Tonmassen verschüttet. Bei den Aufräumungsarbeiten konnten beide nur als Leichen geborgen werden.

Zeitz. Die Auszahlung der Unterstützungen an die Angehörigen der im Felde stehenden Krieger erfolgt auf die Zeit vom 1. bis 15. März im Zimmer Nr. 88 des Rathauses Freitag, 1. März, vormittags von 8—11½ Uhr, die Zahlkarten Nr. 1—1200, nachmittags von 3—5 Uhr, die Zahlkarten Nr. 1201—2000, Sonnabend, 2. März, vormittags von 8—11½ Uhr, die Zahlkarten Nr. 2001—3200, nachmittags von 3—5 Uhr, die Zahlkarten Nr. 3201 bis 4000, Montag, 4. März, vormittags von 8—11½ Uhr, die Zahlkarten Nr. 4001—4800, nachmittags von 3—5 Uhr, die Zahlkarten über Nr. 4800.

Hallesche Kriegsverluste.

Preußische Verlustliste Nr. 1060: Denkewitz, Bruno, 18. 12. verm.; Diebe, Max, Gefr., 13. 12. vermißt; Bennewitz, Willi, Ufftz., 5. 3. leicht verw.; Hesse, Richard, 26. 1., vermißt; Ihle, Paul, 24. 7. vermißt; Meißner, Otto, Gefr., 8. 12. bisher verw., gestorben; Meyer VII, Otto, 15. 9. vermißt.

Preußische Verlustliste Nr. 1061: Blumenthal, Franz, 29. 10. leicht verw.

Sächsische Verlustliste Nr. 484: Kloß, Friedrich Hermann, 28. 7. gestorben 17. 8. 17. inf. Krankheit; Küstner, Hans Paul Max, 22. 7. in Gefgsch. Frongach (Wegis Lübeiau).

Preußische Verlustliste Nr. 1062: May, Friedrich Kurt, 30. 9. bish. vermißt, in Gefgschf. (A. N.); Otto, Georg, San.-Ufftz., 29. 9. leicht verw.; Schoch, Hans, Gefr., 29. 7. bish. vermißt, in Gefgsch. (A. N.); Stössel, Willy, 25. 7. bisher vermißt, in Gefgsch. (A. N.); Werner, Kurt, 2. 4. gestorben inf. Krankheit.

Preußische Verlustliste Nr. 1063: Bichler, Otto, Gefr., 7. 6. durch Unfall leicht verletzt; Hallapp, Max, Gefr., 2. 4. bish. verw. und vermißt, gerichtlich für tot erklärt; Unger, Friedrich, 21. 5. leicht verw.

Preußische Verlustliste Nr. 1064: Abler, Paul, 8. 11. schw. verw.; Breitlich, Adolf, 23. 4. gefallen; Hahn, Paul, 17. 9. bish. vermißt, lt. priv. Mitlg. in Gefgsch.; Jecht, Kurt, 18. 12. gestorben an seinen Verletzungen.

Preußische Verlustliste Nr. 1065: Berbich, Hermann, 22. 4. bish. vermißt, lt. priv. Mitlg. in Gefgsch.; Habermann, Walter, Ufftz., 27. 3. leicht verw.; Mohr, Rudolf, 11. 9. bish. vermißt, in Gefgsch.; Starke, Hermann, gen. Schwarz, Ufftz., 5. 3. gestorben inf. Krankheit; Voigt, Willi, 4. 11. leicht verw.

Kaiserliche Marine Verlustliste Nr. 138: Knöpke, Hermann, Mtr., bish. zurückgeh., krgf. A.; Kuhlemann, Paul B., Mtr., bish. krgef. zurückgeh. Schweiz; Stutzer, Willy, Mtr., bish. zurückgeh. krgef. A.

Preußische Verlustliste Nr. 1067: Glze, Rudolf, Offz.-Stellv. 29. 3. schw. verw.; Hesse, Theodor, Gefr., 15. 12. bish. vermißt, gem. gefallen 9. 4. 17.

Preußische Verlustliste Nr. 1068: Meißner, Gustav, Gfr., 25. 5. bish. vermißt, lt. priv. Mitlg. in Gefgsch.; Noack, Max, 16. 11. verletzt 14. 3. 18.

Preußische Verlustliste Nr. 1069: Vogel, Paul, 27. 5. nicht in Gefgsch., fordern vermißt 12. 10. 14.

Preußische Verlustliste Nr. 1070: Meyer VII, Otto, 15. 3. bish. vermißt, im Lag.; Schindler, Karl, 19. 4. leicht verw.

An unsere auswärtigen und Post-Abonnenten.

Beschwerden über unpünktliches Zustellen der Volksstimme sowohl als auch über Fehlen einzelner Exemplare an der überwiesenen Anzahl sind stets bei dem Postamt des betreffenden Ortes anzumelden.

Beschwerden beim Verlag verzögern nur die Regelung der Angelegenheit, die nur auf postalischem Wege erfolgen kann. Der Verlag der Volksstimme.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180227-11/fragment/page=0006